

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 254 · 22. JAHRGANG · AUSGABE 3/2016 VOM 1. MÄRZ 2016 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Kritik am Bürgermeister ist verboten**  
Dienstaufsichtsbeschwerde abgelehnt

7 | **Arglos in der Eberswalder Bierakademie**  
Auf ein Bier mit dem braven Soldaten

17 | **ALE ist für ein Industrie-Museum Finowtal**  
Diskussion zum Familiengarten

8. März – Internationaler Frauentag

## Anklage und Lob der Männer

*Ich klage euch an, ihr Herrscher über Menschen und Länder.  
Euch Kanzler und Minister, euch Präsidenten und Senatoren.  
Euch Herren der Gesellschaft.*

*Euch beweihräucherte Chefs, Direktoren, Vorsitzende,  
Obermeister und Spitzenkandidaten.  
Euch Popen, Bischöfe und Kapuzenträger.*

*Würden- und Ordensträger.  
Euch Ehemänner und Frauenschläger. Euch  
Testosteronproduzenten und Aggressoren.*

*Ich klage euch an der  
Mißachtung der Frauen  
seit Jahrtausenden!*

*Ihr achtet gering Eure Gespielinnen,  
denen ihr die Lebenslust verdankt.  
Habt ihr vergessen, daß ihr kopflos wart?*

*Nicht wußtet, was ihr tun solltet?  
Daß ihr einer Frau wegen, fast  
in den Abgrund gefallen wäret? Ich klage euch an,*

*nicht Schönheit und Klugheit der Frauen zu loben.  
Nicht lautstark dankt für verausschauendes Handeln.  
Nicht zu preisen ihr Walten in wahren Lebenszentren,*

*die Behüterinnen der Ordnung und des Lebens.  
Erinnert euch daran! Ihr, die ihr Konfrontation  
und Aggression auf der Zunge tragt.*

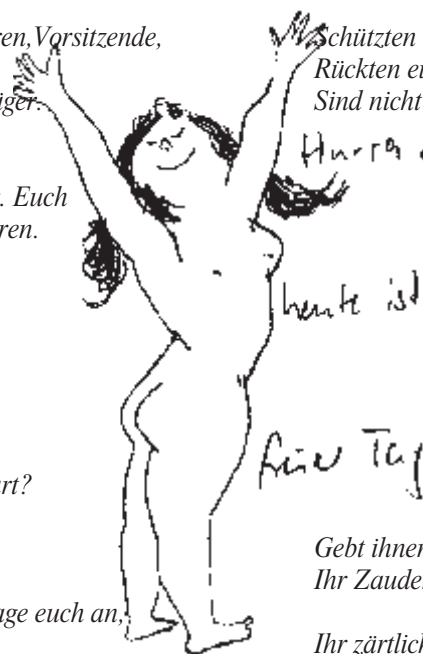
*Schützten nicht Frauen euch vor Lächerlichkeit?  
Rückten euch die Köpfe zurecht?  
Sind nicht kluge Frauen euch eine Wohltat?*

*Schützen sie nicht eure Nachkommen?  
Verleihen sie euch nicht Schöpferkraft  
und Flügel? Gebt es zu,  
Frauen sind die besseren Diplomaten!*

*Gebt es zu, ihr geile Liebhaber und Lästere!  
Ihr Zeuger des Lebens auch gegen euren Willen.  
Eine kluge Yin und ein kluger Yang, zwei Köpfe in  
Harmonie arbeitend, könnten die Welt verbessern!*

*Schenkt den Weibern Vertrauen! Laßt jene,  
die es verdienen, in die Chefetagen!  
Gebt ihnen Anerkennung, auch wenn sie euch überflügeln.  
Ihr Zauderer und neunmalklugen Männer.*

*Ihr zärtlichen Helden, schmusenden Väter und Spielkameraden.  
Ehrt eure Partnerinnen und schenkt ihnen Treue!  
Und lobt eine glückliche Gemeinschaft!*



WALTRAUD VOIGT, November 2010

Zeichnung KERSTIN GAST (NACH KARL SCHRADER)

## Internationale Frauenbegegnungen

Den Internationalen Frauentag als Anlaß für Begegnungen von Frauen unterschiedlicher Herkunft zu nutzen, hat in Bernau schon Tradition. In diesem Jahr gibt es erstmalig zwei Angebote.

### Eine Freiwillige in Costa Rica

**Eberswalde (bbp).** Der Afrikanische Kulturverein Palanca e.V. lädt am 12. März von 16 bis 18 Uhr alle Interessierten zu einem Vortrag in die Vereinsräumlichkeiten in der Coppistraße 1 in Eberswalde (Rofin-Gewerbepark) ein. Eine Freiwillige erzählt von ihren Erlebnissen in Costa Rica: In der Ankündigung heißt es: »Die Schweiz Mittelamerikas, ein Leben nach dem amerikanischen Traum, ein Land ohne Armee zwischen den Kontinenten, Natur und Pura Vida... eher zufällig verschlug es mich im Rahmen eines weltwärts-Freiwilligenjahres nach Mittelamerika. Was ich erlebte und was mich beeinflusste, davon erzähle ich an diesem Abend und ich freue mich über zahlreiche Interessierte.«

Vormittags können sich von 10 bis 12 Uhr alteingesessene und zugezogene Frauen beim Elternzeitcafé austauschen. Von 15 bis 17 Uhr gibt es bei Kaffee und Kuchen Gelegenheit, den Nachmittag aktiv mit zu gestalten und sich so etwas näher kennen zu lernen.

Dabei soll natürlich auch über den Tellerrand geschaut werden; beispielsweise wird anhand von Bildern über Frauen auf Kuba berichtet.

Wer möchte, kann etwas Selbstgebackenes für das Büfett mitbringen. Bei beiden Veranstaltungen ist für Kinderbetreuung gesorgt.

Vorbereitet werden die Veranstaltungen von der Arbeiterwohlfahrt (AWO), dem Verein Bildung – Begegnung – Zeitgeschehen Bernau (bbz), der Kirchengemeinde und dem Netzwerk gesunde Kinder (Elternzeitcafé) gemeinsam mit der Stadt Bernau.

**Wann: 10 bis 12 Uhr und 15 bis 17 Uhr**

**Wo: Tobias-Seiler-Saal, Kirchplatz 8, 16321 Bernau bei Berlin**

EVA MARIA REBS (Tel. 03338/8973 oder awo-treff@awo-kv-bernaue.de)

## Der Plan der LINKEN

Die Ko-Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag Sahra Wagenknecht galt lange Zeit als Führungsfigur der »orthodoxen Fundamentalisten« in der Partei, die noch eine über den Kapitalismus hinausgehende gesellschaftliche Entwicklung im Auge haben. Am 19. Februar veröffentlichte die »Märkische Oderzeitung« ein Interview mit ihr. Darin äußert sie sich dazu, wie DIE LINKE aktuelle gesellschaftlichen Probleme lösen will.

Das Geld, das zur Finanzierung der »vielen öffentlichen Aufgaben, (die) nicht mehr wahrgenommen werden«, will sie da »holen, wo es im Überfluß vorhanden ist«, bei den Multimillionären und Milliardären. Eine Steuerpolitik, die die Mittelschicht entlastet und die Reichen stärker belastet, stehe auf der Tagesordnung.

Mit dieser scheinbar radikalen Forderung hat Sahra Wagenknecht sowohl die »Orthodoxen« als auch die »Reformer« in ihrer Partei auf ihrer Seite. Auch beim »revolutionären Subjekt«, das diese Steuerpolitik realisieren soll, gibt es Übereinstimmung: Ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis – was aber dank der »Feigheit der SPD« derzeit nicht möglich ist.

Warum ist die Forderung von Sahra Wagenknecht nur »scheinbar radikal«?

Die Umsetzung ist an zwei Voraussetzungen gebunden: Erstens an den Staat, der diese Steuerpolitik durchsetzt und zweitens an das Vorhandensein von Reichen, die stärker belastet werden können.

Dem sich in Auflösung befindlichen kapitalistischen Nationalstaat soll also frisches Leben eingehaucht werden, um jene zur Kasse zu bitten, die als mächtigster Teil der herrschenden Klasse bisher am meisten von der Existenz des kapitalistischen Nationalstaats profitierten und ihn zurecht als erste als ihr Machtinstrument ansehen können, inzwischen aber diesen Nationalstaat zunehmend als Hindernis für die weitere Kapitalakkumulation erkennen und durch Forcierung der europäischen Strukturen im Rahmen der EU und darüber hinaus dabei sind, über den Nationalstaat hinauszugehen.

Läßt man dies außer Betracht, könnte sich freilich die Schicht der Superreichen durchaus mit dem Steuervorschlag arrangieren, muß doch dann die rot-rot-grüne Regierung auch dafür sorgen, daß diese superreiche Schicht als Steuerquelle dauerhaft erhalten bleibt.

Die ganze Forderung läuft darauf hinaus, die kapitalistische Gesellschaft in der BRD in ihrem jetzigen, längst bröckelnden, Status Quo zu erhalten. Insofern ist die Forderung von Sahra Wagenknecht alles andere als radikal gesellschaftsverändernd, sondern vielmehr höchst konservativ, gesellschaftserhaltend.

Kein Wunder, daß »die Zusammenarbeit« zwischen Sahra Wagenknecht und ihrem Ko-Dietmar Bartsch, der als Exponent der »Reformer«, die schon längst nach Eduard Bernstein den Weg (in die Regierung) zu ihrem Ziel gemacht haben, »so gut funktioniert«.

GERD MARKMANN

## Parteiausschluß beschlossen

Die Eberswalder LINKE verliert drei ihrer Mitglieder und eine Basisgruppe

**Eberswalde (bbp).** Ein ganzes Jahr war seit dem letzten Austausch von Argumenten zwischen den Streitparteien im Januar 2015 vergangen, als am 13. Februar die Landesschiedskommission der Partei DIE LINKE Brandenburg über den Parteiausschluß von CARSTEN ZINN, MIRKO WOLFGRAMM und GERD MARKMANN abstimmt. Die fünf Kommissionsmitglieder Daniel Golze (Vorsitzender), Margitta Mächtigt, Kerstin Kühn (ehem. Kerstin Mutz, bis 1914 Barnimer Kreistagsabgeordnete), Jörg Wegewitz und Dieter Groß votierten einstimmig für den Ausschlußantrag. Damit endet nicht nur nach zum Teil 38 Jahren deren Parteimitgliedschaft, sondern es bedeutet zugleich die Auflösung der Basisgruppe »Georgi Dimitroff« im Brandenburgischen Viertel, die zuletzt nur noch aus den drei »Dissidenten« bestand. Die anderen Mitglieder (zwei davon gehörten der Partei seit 1945/46 an) hatten im Verlauf des Ausschlußverfahrens aus Protest gegen die Politik der Barnimer Linken die Partei von sich aus verlassen oder sind inzwischen verstorben.

Am 5. Mai 2014 hatte der Barnimer Kreisvorsitzende SEBASTIAN WALTER, der zugleich stellvertretender Landesvorsitzender ist, den Parteiausschluß der drei Mitglieder der Basisorganisation »Georgi Dimitroff« beantragt, weil diese mit der Alternativen Liste Eberswalde »zur Partei Die Linke konkurrierend« zu den Kommunalwahlen im Mai 2014 angetreten waren. Damit hätten sich die drei in Widerspruch zur Parteisatzung begeben (BBP 8/2014).

Weil mit Margitta Mächtigt und Kerstin Kühn zwei der fünf abstimmenden Kommissionsmitglieder aus dem Kreisverband Barnim kommen, hatte Daniel Golze vorsichtshalber

bei der Bundesschiedskommission nachgefragt, ob hier eine Befangenheit anzunehmen sei. Dies sei abschlägig beantwortet worden.

Die Kandidatur auf einer »konkurrierenden Liste« reicht gemäß Satzung als alleiniger Ausschlußgrund nicht aus. Daher heißt es in der Begründung außerdem, daß für die Partei ein schwerer Schaden entstanden sei. Dabei wird unterstellt, daß die von den drei zur Kommunalwahl errungenen Stimmen ohne deren Kandidatur ausnahmslos der Partei DIE LINKE zugefallen wären. Dieser Stimmenanteil hätte »zu einer höheren Durchsetzungsfähigkeit politischer Inhalte der LINKEN geführt«. Außerdem sei »das politische Ansehen der Partei schwer geschädigt worden. Dem in der Öffentlichkeit wird durch das gegensätzliche Agieren in der Öffentlichkeit von Mitgliedern der Partei auch das zukünftige Ansehen der Partei schwer geschädigt.«

Der Ausschluß sei zudem verhältnismäßig, weil »ein milderes Mittel« durch die Satzung nicht vorgesehen sei. »Der Ausschluß ist auch geboten, da der Antragsgegner offensichtlich nicht willens ist, die satzungsgemäße Ordnung der Partei anzuerkennen und danach zu handeln.«

Gegen den Ausschluß können die drei Betroffenen binnen eines Monats das Rechtsmittel der Beschwerde gegenüber der Bundesschiedskommission einlegen. Ob Carsten Zinn, Mirko Wolfram und Gerd Markmann davon Gebrauch machen, war bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht zu erfahren.

(siehe auch: »Carsten Zinn weiterhin Mitglied der Partei DIE LINKE« in BBP 5/2013, »Anmerkungen zu einem Parteiausschlußantrag« in BBP 12/2014, »Hatte Bahro recht?« in BBP 2/2015, »Parteiaustritt nach 70 Jahren« in BBP 7/2015)

## »Kappungen« im Ortsteil Finow

**Eberswalde (as/bbp).** Während die Kastanie, die in der Walther-Rathenau-Straße einem Neubau der WBG Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. weichen soll, noch einen Sommer Gnadenfrist erhält, gehen die »Baumpfleßmaßnahmen« andernorts hurtig voran. Meist sind es »Verkehrssicherungsmaßnahmen«, manchmal auch nur »Pflugeschnitte«. Oft ist die beim Bauamt des Landkreises angesiedelte Untere Naturschutzbehörde einbezogen.

Auf dem Bild sind »Kappungen« an einer Kleingartenanlage am Finowkanal in Höhe der ehemaligen Papierfabrik Wolfswinkel im Ortsteil Finow zu sehen.



Foto: GUNTER REBEL

## Ortsteil bleibt ohne Allgemeinarzt

Kein Ärztehaus im Brandenburgischen Viertel

**Eberswalde (bbp).** Die Information in der »Märkischen Oderzeitung«, wonach die kreiseigene Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH (GLG) ein Grundstück für ein neues Ärztehaus in Eberswalde sucht, war nicht gelogen – aber dennoch falsch.

Nach der entsprechenden MOZ-Veröffentlichung hatte die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE (ALE) ihren Stadtverordneten Carsten Zinn gebeten, der GLG ihren Standortvorschlag im Brandenburgischen Viertel zu übermitteln (siehe [www.maxe-eberswalde.de](http://www.maxe-eberswalde.de)). Der GLG-Geschäftsführer Dr. Jörg Mocek stellte daraufhin gegenüber der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde richtig, »daß es sich bei dem in der Märkischen Oderzeitung erwähnten Projekt um einen Ersatzbau für das Ärztehaus im Leibnitzviertel (Robert-Koch-Straße) und um die Suche nach einem Grundstück in diesem Bereich handelt.« Die GLG plane gegenwärtig nicht, Grundstücke in anderen Stadtteilen von Eberswalde zu erwerben.

»Ihre Information zur medizinischen Versorgungssituation im Brandenburgischen Viertel von Eberswalde habe ich aufgenommen«, schreibt Dr.

Mocek. »Sollte es zukünftig von Seiten der GLG mbH Wege zur Verbesserung der genannten Situation geben, werde ich Ihre Hinweise im Rahmen unserer Möglichkeiten berücksichtigen.«

Der Fraktionsvorsitzende Carsten Zinn hat inzwischen im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde über das Ergebnis der Fraktionsinitiative informiert. Er hatte ein längeres Telefongespräch mit dem GLG-Geschäftsführer geführt und davon erfahren, wie schwierig es derzeit sei, Facharztstellen für Allgemeinmedizin zu besetzen. Dementsprechend hoch seien die Ansprüche der wenigen, die auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das bedeutet vor allem, potentiellen Bewerbern möglichst gute Bedingungen zu bieten. Dafür, solche guten Bedingungen im Brandenburgischen Viertel zu schaffen, wird die GLG bis auf weiteres nicht zur Verfügung stehen.

Nachdem im Dezember die einzige Allgemeinärztin im Kiez Irene Jordan in den Ruhestand ging, gibt es im Ortsteil für die 6.500 Einwohner keine allgemeinmedizinische Versorgung mehr.

## Kirchenkreis-Synode

»Begabt leben – mutig verändern«

Der Evangelische Kirchenkreis Barnim wird sich auf seiner Synode am 19. März mit den Herausforderungen schwindender Kirchenmitgliedschaft in einer zunehmend religionsfernen Gesellschaft auseinandersetzen und Ideen für Veränderungen entwickeln.

Das Parlament der Evangelischen Kirche im Barnim, die Kreissynode, wird am 19. März 2016 um 9 Uhr zu seiner Frühjahrstagung im Dietrich-Bonhoeffer-Haus im Brandenburgischen Viertel, Potsdamer Allee 35 in 16227 Eberswalde zusammenkommen und beraten. Bei dieser öffentlichen Veranstaltung werden die zehn Thesen der Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zur Zukunft der Kirche unter dem Motto »Begabt leben – mutig verändern« im Mittelpunkt stehen.

Den Einführungsvortrag wird Matthias Spann, Direktor des Amtes für Kirchliche Dienste der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, halten. Anhand von vier Einzelthesen sollen im Rahmen einer Gruppenarbeit die größten Herausforderungen für die Evangelische Kirche benannt und konkrete Ansatzpunkte zu ihrer Bewältigung herausgearbeitet werden.

Zudem wird Matthias Spann erläutern, welche Rolle der von der Landeskirche mit den genannten Thesen angestoßene Reformprozess im Rahmen des Reformationsjubiläums und des Deutschen Evangelischen Kirchentages 2017 spielen wird. Weitere Informationen: [www.reformprozess.ekbo.de](http://www.reformprozess.ekbo.de).

HARRO SEMMLER

## Gemeinde verschenkt Geld

**Ahrensfelde-Blumberg (bbp).** Die Gemeinde Ahrensfelde-Blumberg verschenkt Geld in Höhe von 104.000 € an den Landkreis. Dies moniert der Gemeindevertreter der »Unabhängigen« Dr. Wolfgang Unger. Konkret handelt es sich dabei um die Mittel für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für das Schutzgut Boden (Acker), die im Rahmen des Bebauungsplans Wohngebiet Saarstraße im Ortsteil Eiche anfallen. Der nach dem sogenannten »Barnimer Modell« errechnete Ausgleichsbetrag für den Ausgleich und Ersatz werde »nicht etwa für Maßnahmen im Gemeindegebiet genutzt, sondern wird für Maßnahmen im Flächenpool des Landkreises zur Verfügung gestellt, also verschenkt«, so Dr. Unger. Konkret würden die Mittel für die Entsiegelung von bebauten Grundflächen im Rahmen der Projekte »Rückbau TÜP Trampe« und »Renaturierung Güllebecken Willmersdorf« sowie Baum- und Gehölzpflanzungen »Alte Försterei Woltersdorf« verwendet. »Gleich so, als hätte die Gemeinde für den gewiß nicht geringen Ausgleichsbetrag keine Verwendung für die Landschaftspflege im Gemeindegebiet. Was man hier mit dem Verzicht auf Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Gemeindegebiet seitens der Bauverwaltung leistet, ist schlicht ein Skandal, ignoriert den gemeindlichen Bedarf und verstößt gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit. Die Gemeindevertretung hat dem Vorschlag der Verwaltung übrigens zugestimmt!«

[www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

## Finowkanalpromenade

An der Finowkanalpromenade verunzieren immer noch die häßlichen, kahlen und bislang wenig ökologisch wertvollen Steinkasten-Gambionen mit Metallgittern.

Auf dem Foto findet sich ein Gestaltungsvorschlag. Diese Steinkörper könnten mit Blütenstauden etc. bestückt werden. Es würde der Steinkasten-Gambione die Widernatürlichkeit nehmen und die Finowkanalpromenade optisch und ökologisch aufwerten. Wegen des geringen Niederschlags in unserer Region kommen für eine Bepflanzung der Gambionen eher trockenresistente Arten in Betracht.



FOTO: ANDREAS STEINER

Die steinernen Gambionenkästen hatte seinerzeit die bündnisgrüne Stadtfraktion wiederholt kritisiert. Damals hieß es, sie seien Bestandteil des Entwurfsplanes und vom Entwurfsverfasser so gewollt.

Daß eine Aufwertung früherer Bausünden durchaus möglich ist, zeigen die Diskussionen zum Bahnhofsvorplatz. Selbst auf dem Marktplatz konnte nachträglich eine gewisse Auflockerung – hier durch die Skulptur der »Ruflerin« – realisiert werden.

Dr. ANDREAS STEINER

## »Heimat auf Zeit«

Für unser Projekt »Heimat auf Zeit« benötigen wir mindestens 5208 Euro pro Monat, um 80 Menschen, die ihr Obdach im Kriegsgebiet in der Ostukraine verloren haben, menschenwürdig in unserem Camp unterzubringen. Gesichert sind damit die Ernährung und ein Dach über den Kopf. Nicht mehr nicht weniger!

Die Aktion hat bereits begonnen und wird voraussichtlich bis zum 30. April gehen. Wir hoffen, daß mit dem Frühling auch der Wiederaufbau der Heimat in Fahrt kommt, wir hoffen, daß der brüchige Frieden halten möge! **Wir glauben an eine Zukunft! Bitte unterstützt uns!** Bankverbindung: Friedensbrücke - Kriegsopferhilfe e.V., Volksbank Berlin IBAN: DE56 1009 0000 2582 7930 02, BIC: BEVO DEBB  
Kennwort: Heimat auf Zeit oder per Paypal: [friedensbruecke@gmx.de](mailto:friedensbruecke@gmx.de)

Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe e.V.  
Ruhlsdorfer Str.45 16348 Wandlitz  
Homepage: [www.fbko.org](http://www.fbko.org)

# Kritik am Bürgermeister ist verboten

Dienstaufsichtsbeschwerde wegen Zensur von Fraktionsbeiträgen zurückgewiesen

**Erwartungsgemäß hat Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI die Dienstaufsichtsbeschwerde der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde« wegen des Nichtabdrucks ihres Fraktionsbeitrages im Eberswalder Amtsblatt Nr. 11/2015 (BBP 11 und 12/2015) zurückgewiesen. Damit stellt sich Boginski vor seinen Mitarbeiter und legitimiert dessen Entscheidung. Zugleich übernimmt der Bürgermeister nun auch offiziell die gesamte Verantwortung für die Zensurpraktiken gegenüber den Beiträgen der Fraktionen und Ortsvorsteher im Amtsblatt.**

Der beauftragte Rechtsamtsmitarbeiter hat sich sehr große Mühe gegeben, die Weigerung, den Fraktionsbeitrag zu veröffentlichen, rechtlich zu begründen. Um den Auftrag seines Dienstherrn zu erfüllen, mußte er sich teilweise sehr weit ins Reich der Spekulationen begeben.

»Bei der Herausarbeitung des Sinngehaltes« der eingereichten Textbeiträge sei »auch der textliche Zusammenhang zu betrachten, in den die zu prüfenden Äußerungen eingebettet sind. Dies ist deshalb notwendig, weil sich der Sinngehalt häufig nur in der Zusammenschau des gesamten Textbeitrages erschließt.« Als Wertungsmaßstab, ob ein Fraktionsbeitrag zulässig ist, müsse »gefragt werden, wie der unvoreingenommene durchschnittliche Leser des Amtsblatts die Äußerung verstehen würde. Es kommt also weder darauf an, wie der Verfasser des Fraktionsbeitrages den Textbeitrag verstanden wissen möchte, noch ist maßgeblich, wie der zuständige Mitarbeiter ... diesen versteht.« Der zuständige Mitarbeiter muß demnach die Verständnissfähigkeit des Durchschnittslesers des Amtsblatts kennen. »Es bedarf keiner ausdrücklichen Erwähnung«, heißt es weiter, »daß die erforderliche Prüfung anhand der geschilderten Kriterien nicht einfach ist und daß es insoweit Bewertungsspielräume und Abgrenzungsschwierigkeiten gibt«.

In dem 6-seitigen Schreiben werden zunächst ausführlich Tatbestand und -hergang sowie die zugrundeliegenden gesetzlichen und behördlichen Regelungen beschrieben. Zu letzteren gehören die Bekanntmachungsverordnung des Landes Brandenburg (§ 4 Abs. 3) und die Eberswalder Hauptsatzung (§ 29 Abs. 3). Maßgeblich für die Stadtverwaltung sind die »Anwendungshinweise« in einem Schreiben des Barnimer Landrats in seiner Funktion als untere Kommunalaufsichtsbehörde vom 29.10.2010, welches mit dem Landesministerium des Innern und für Kommunales abgestimmt worden sei.

Zwei Sätze waren beanstandet worden. Der Zerste bezog sich auf den Antrag der Fraktion, das Thema Unterbringung von Flüchtlingen auf die Tagesordnung zu nehmen und lautete: »Die Mehrheit der anwesenden und stimmberechtigten Stadtverordneten (27) einschließlich des Bürgermeisters sah hier keine Eilbedürftigkeit«.

In dem Brief des Bürgermeisters heißt es dazu: »Sofem – was sich im Nachhinein anhand der Niederschrift allerdings nicht mehr aufklären läßt – die Mehrheit der anwesenden Stadtverordneten in der Aussprache zu der Abstimmung nicht bekundet hätte, daß sie die Erweiterung der Tagesordnung wegen der fehlenden Eilbedürftigkeit ablehnt, würde es sich bei der Behauptung in dem be-

anstandeten Satz um eine Mutmaßung über das Motiv für das Abstimmungsverhalten handeln, die sich jedenfalls außerhalb des Rahmens einer sachlichen Berichterstattung bewegen würde und deshalb unzulässig wäre. Denn die Ablehnung der Erweiterung der Tagesordnung kann sich durchaus auch auf andere Gründe stützen, als den der fehlenden Eilbedürftigkeit.«

Da ist zu fragen, welche anderen Gründe es geben kann als die fehlende Eilbedürftigkeit? Gemäß Kommunalverfassung (BbgKVerf § 35 Abs. 1) sind Beratungsgegenstände, die von einer Fraktion benannt werden, in die Tagesordnung aufzunehmen. Dazu bedarf es keiner Abstimmung. Allerdings müssen die Beratungsgegenstände innerhalb einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Frist – in Eberswalde sind das 14 Tage – dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung (StVV) vorgelegt werden. Ausnahmen nach BbgKVerf § 35 Absatz 2 sind Angelegenheiten, »die keinen Aufschub dulden«. Nur in diesem Fall haben die Stadtverordneten über eine Erweiterung der Tagesordnung abzustimmen. Bei dieser Abstimmung geht es also ausschließlich um die Frage, ob die betreffende Angelegenheit eilbedürftig ist oder nicht. Insofern kann es für die Ablehnung der Erweiterung der Tagesordnung gar keinen anderen Grund geben als fehlende Eilbedürftigkeit.

Es läßt tief blicken, wenn der Bürgermeister mutmaßt, die Stadtverordneten könnten noch andere Gründe haben. Lag es etwa daran, weil der Vorschlag von der »falschen« Fraktion kam? War das für Friedhelm Boginski das Motiv zur Ablehnung? Das kann vermutet werden, denn in seinem Brief heißt es weiter, daß »die angesprochene Problematik ... per se dringlich (ist)«. Der Bürgermeister war also durchaus der Meinung, daß es um »eine Angelegenheit, die keinen Aufschub duldet« ging und Boginski hat wider besseren Wissens gegen die Eilbedürftigkeit gestimmt. Das konnte die Fraktion, als sie ihren Beitrag schrieb, nicht ahnen.

Übrigens wäre das normale Procedere gewesen, die Angelegenheit, die nun als nicht eilbedürftig eingestuft wurde, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Doch Fehlanzeige. Der StVV-Vorsitzende Volker Passoke hat das »im Benehmen« mit dem Bürgermeister versäumt. Über die Motive soll an dieser Stelle nicht spekuliert werden, zumal es hier durchaus Anknüpfungspunkte zum zweiten beanstandeten Satz gibt.

Der lautet: »Die Fraktion hat den Umgang mit ihren Anfragen durch den StVV-Vorsitzenden und die Verwaltung kritisiert.«

Zur Bewertung wird wieder der »durchschnittliche Leser« bemüht, der in dem Satz »einen zweifachen Bedeutungsgehalt« sehe. Die Beschreibung des »Standpunkts der Fraktion zu dem weiteren Umgang mit ihrer Anfrage und die Handlungsweise der Fraktion hierzu« sei durchaus zulässig. »Andererseits zielt die Kritik der Fraktion auch auf konkrete Personen«, den StVV-Vorsitzenden und den gar nicht genannten Bürgermeister, der aber »als Hauptverwaltungsbeamter die Tätigkeit der Verwaltung verantwortet«. Und: »Die kritische Auseinandersetzung mit anderen Mandatsträgern bzw. deren Verhalten oder deren Standpunkte ist dem Bereich der politischen Auseinandersetzung zuzuordnen und erfüllt deshalb die ... Kriterien für die Zulässigkeit der Veröffentlichung im Amtsblatt nicht«.

Hochachtung! Diese Kurve muß man erstmal kriegen. Selbstverständlich sind die Handelnden immer konkrete Personen. Allerdings gehört der kritisierte Umgang mit den Fraktionsanfragen eben nicht in den »Bereich der politischen Auseinandersetzung«. Sowohl der StVV-Vorsitzende als auch der Bürgermeister handeln hier nicht im Sinne ihres politischen Mandats, für das sie nur ihrem Gewissen verantwortlich sind, sondern als Funktionsträger, die mit der Leitung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bzw. der Leitung der Verwaltung beauftragt sind. Dabei sind sie den geltenden Gesetzen verpflichtet, wozu nicht zuletzt auch die Gleichbehandlung aller Stadtverordneten und aller Fraktionen gehört, egal wie »nervend« die von den Funktionären empfunden werden.

Bei aller Mühe, die sich hier gegeben wurde – ein Nachweis dafür, daß die beiden Sätze im Sinne der Gesetze, Vorschriften und selbst deren engen Auslegung durch den Landrat »nicht zulässig« seien, konnte nicht erbracht werden. Man kann vielmehr vermuten, daß es die in den Sätzen enthaltene oder auch nur vermutete Kritik an Bürgermeister Friedhelm Boginski war, die zur Nichtzulassung führte.

Daher zum Schluß ein Vorschlag, wie das Problem ein für allemal gelöst werden könnte. In die Geschäftsordnung sollte hinsichtlich der Fraktionsbeiträge eingefügt werden:

**»Kritik am Bürgermeister ist nicht zulässig. Darüber, was als Kritik zu verstehen ist, entscheidet der Bürgermeister.«**

GERD MARKMANN

**Barnimer Bürgerpost  
abonnieren!**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de  
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

## Einwände nur noch schriftlich?

Bürgermeister Boginski soll rechtswidrigen Beschluß beanstanden

**Eberswalde (bbp).** Ein Bündnis aus inzwischen vier Fraktionen wollte die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) Eberswalde verändern. Dem Vorschlag der Bündnisgrünen hatten sich nach der FDP auch DIE SPD und die Bürgerfraktion Eberswalde angeschlossen. Nach den Einreichern sollen künftig Einwendungen zur Niederschrift der vorangegangenen StVV-Sitzung nur noch schriftlich möglich sein, bis zum »Tag vor der Sitzung«.

Nicht genannter Hintergrund ist der Streit zum Einwand des Stadtverordneten CARSTEN ZINN von der Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde gegen die Niederschrift der Oktobersitzung der StVV (vgl. BBP 12/2015: »Der Beweis wurde ordnungsgemäß und ganz schnell gelöscht«). Eine Mehrheit der Stadtverordneten verstanden den Einwander nicht oder wollten ihn nicht verstehen und wiesen damals den Einwand ab.

KAREN OEHLER von den Bündnisgrünen hatte dann die Idee, nur noch schriftliche Einwände zuzulassen. Wie zu erwarten fand der Vor-

schlag auf der StVV-Sitzung am 25. Februar eine satte Mehrheit, obwohl Carsten Zinn in der Diskussion auf die Rechtswidrigkeit solcher Regelung aufmerksam gemacht hatte.

Die Stadtverordneten schränken mit der neuen Regelung nicht nur völlig grundlos ihre Handlungsfreiheit ein, sie tun dies auch, ohne dafür die Berechtigung zu haben. Die Kommunalverfassung läßt die Form offen, in der Einwendungen vorzubringen sind. Es bleibt also den Stadtverordneten überlassen, ob sie dies schriftlich oder mündlich tun. Dieses Recht der Stadtverordneten, das ihnen kraft der Kommunalverfassung zusteht, kann nicht durch einen Stadtverordnetenbeschluß aufgehoben werden und dementsprechend auch nicht in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung festgeschrieben werden.

Folgerichtig hat die Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde nach der Sitzung Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI aufgefordert, den Beschluß gemäß § 55 der Kommunalverfassung zu beanstanden.

## Bilanz nach anderthalb Jahren

Gemeindefraktion »Die Unabhängigen« in Ahrensfelde-Blumberg

**In die politischen Gremien der Gemeinde zogen wir Ahrensfelder Unabhängige als Neueinsteiger ein, mit Dr. Helmut Pöltelt und Stephan Liepe in die Ortsbeiräte von Ahrensfelde und Blumberg sowie mit Dr. Wolfgang Unger in die Gemeindevertretung.**

Wir hatten uns für die Wahlperiode vorgenommen, frischen Wind und neue Ideen in die Arbeit der politischen Gremien zum Wohle der Gemeinde einzubringen. Daß dies bei den »ererbten« Strukturen in Gemeindevertretung und Verwaltung schwer sein würde, war klar. Trotz alledem begannen wir zunächst damit, aus der bisherigen »Nationalen Front« in der vom Bürgermeister und Teilen der Verwaltung dominierten Gemeindevertretung, wie in politischen Parlamenten üblich, Fraktionen, so wie die Wähler mit ihrer Wahl entschieden haben, nach der Kommunalverfassung zu etablieren.

Zudem war notwendig, die Rechte der Gemeindevertreter zu stärken. So konnte durchgesetzt werden, daß auch Gemeindevertreter, unabhängig von einer Mitgliedschaft in einer Fraktion, Anträge zur Beschlußfassung stellen dürfen. Gleiches gilt für die Durchsetzung des Mitspracherechts jedes Gemeindevertreters in den Sitzungen der Ortsbeiräte.

Hinzu kommt, daß jetzt auch Zuhörer auf unser Wirken hin sich in der Einwohnerfragestunde über Fragen hinaus mit Anregungen, Anmerkungen und Statements zu kommunalen Angelegenheiten an die Gemeindevertretung wenden können. Zugleich haben wir das demokratische Recht der Einwohner auf Einreichung von Petitionen an die Gemeindevertretung ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Im Umgang damit hat die Gemeindevertretung noch heute Probleme.

Auch in Sachen Entwicklung und Gestaltung der Gemeinde haben wir etwas vorzuweisen. Mit unseren monatlichen schriftlichen Anträgen und Anfragen in der Einwohnerfragestunde zu mehr Bürgerbeteiligung, Kontrolle und verschiedenen Sachthemen brachten wir Bewegung in die Gemeindevertretung und Verwaltung. Wir haben mit den Sachanträgen deutlich gemacht, daß die Gemeindevertretung der Souverän bei der Gestaltung und Entwicklung der Gemeinde ist. Bisher war es in der Regel so, daß Politik in der Gemeinde beliebig durch den Bürgermeister und Teilen seiner Verwaltung gemacht wurde. Um den demokratischen Anschein zu wahren, durften deren Beschlußvorlagen meist ohne Debatte von den Gemeindevertretern abgenickt werden.

Wir erlebten, wie unsere Aktivitäten zähneknirschend von den Alteingesessenen begleitet und unsere Anträge bis auf wenige Ausnahmen unter Einfluß des Bürgermeisters abgelehnt wurden. Wir halten es für ein optimistisches Zeichen, wenn der Gegner Nerven zeigt und sich dann doch unserer Ideen bedient.

Von Gandhi wissen wir: »Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.« In dem Sinne werden wir uns auch 2016 weiter möglichst konsensfähig und im gegenseitigen Einvernehmen um die Umsetzung unseres Wahlprogramms zum Wohle der Gemeinde bemühen!

Dr. WOLFGANG UNGER

## Straßenbäume Schillerstraße

Der Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt bestätigte in der Sitzung am 9. Februar die Vorplanung der Verkehrsanlage Schillerstraße.

Aus der Sachverhaltsdarstellung unter Punkt 1. Vorbemerkungen ist über den Zustand der in der Straße vorhandenen Bäume zu erfahren, daß die 17 Bäume »unterschiedlich alt und groß und ihr Zustand ebenfalls sehr unterschiedlich« sei. Diesen Sachverhalt nahm die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Anlaß, mehrere Fragen an die Verwaltung zu stellen:

1. Um welche Baumarten handelt es sich bei den vorhandenen Bäumen außer den 2 alten Kastanien?
2. Ein Teil der Bäume wurde in der jüngeren Vergangenheit gepflanzt. Wann erfolgte die Pflanzung?
3. Handelte es sich bei dieser Pflanzung um eine Ersatzmaßnahme?
4. Wurde eine Ausbauvariante unter Erhalt der vorhandenen Bäume bzw. einer möglichst großen Anzahl davon geprüft? Wie sieht die finanzielle Bilanz dabei aus?
5. Welche Baumarten sollen den Anwohnern und Stadtverordneten für die geplante Neupflanzung im Rahmen der Baumaßnahme vorgeschlagen werden?

Wir bitten um mündliche und schriftliche Beantwortung der Fragen.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende

## Rücktritt vom Ausschuß

Die Stadtverordnete SABINE BÜSCHEL ist nicht mehr Mitglied des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde. Sie trat in der letzten Fraktionssitzung, die bei der Fraktion der LINKEN bekannterweise öffentlich ist, zurück.

Ohne Angabe von Gründen blieb sie vielen Ausschußsitzungen seit längerem fern. Daran habe ich mehrfach Kritik geübt, weil ich der Auffassung bin, daß politisches Engagement in der Sache so nicht umsetzbar ist, vor allem, wenn man durch mangelnde aktuelle Sachkenntnis vielleicht wirklich gezwungen ist, »die Zeit totzuschlagen«, weil man sich nicht aktiv einbringen kann.

Dr. ILONA PISCHEL

## Ausschußvorsitz wechselt

**Eberswalde (bbp).** Die Fraktion der CDU in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde hat den von ihr gestellten Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (AWF) ausgewechselt. Anstelle von Dietmar Ortel übernimmt künftig der Barnimer CDU-Kreisvorsitzende Danko Jur den Ausschußvorsitz. Der Gewerbetreibende Ortel ist nicht mehr Mitglied im AWF und wurde von der Fraktion als 5. und damit letzter Stellvertreter bestimmt. Er bleibt aber Mitglied im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration. Danko Jur vertritt die CDU außerdem im Hauptausschuß.

## Blockade traf die Falschen

Ein Heim für Flüchtlinge war vorbereitet. Aber als der Bus ankam, war die Zufahrt mit Autos versperrt und eine wutentbrannte brüllende Menge mit Fäusten drohend, stand zum Empfang bereit. Hier versuche ich mich in die Lage der Flüchtlinge zu versetzen, die nicht aus Spaß auf der Flucht sind. Sie dachten, endlich in Sicherheit zu sein.

Wenn PEDIGA und AfD so viele »Wutbürger« auf die Beine bringen, warum gehen sie nicht dahin, wo die Ursachen für die Flucht produziert werden?

Die »Wutbürger« sollten alle Waffenschmieden in Deutschland blockieren – keine Arbeiter rein- und keine Waffen rauslassen. Denn diese haben dazu beigetragen, Menschen in die Flucht zu jagen. Sollten sie diese Blockaden schaffen, dann dürfen sie laut bekennen: Wir sind das Volk!

Da würde die rote Oma zustimmen.

ELISABETH MONSIEG

## Partnerschaften

»Wir schaffen das«, hatte die Kanzlerin verkündet. Und viele Menschen in der BRD halfen, als (angeblich) unerwartet und plötzlich die Zahl der Flüchtlinge in die Höhe schnellte und die zuständige Bürokratie sich als unfähig zeigte, damit klar zu kommen. Einen Moment lang sonnte sich Angela Merkel im Ruhm der deutschen Willkommenskultur.

Doch waren da noch die tatsächlich Ängstlichen und jene, die mit deren Angst ihr Süppchen kochen. Bald griffen – wie schon einmal Anfang der 1990er Jahre – diverse als seriös geltende Politiker die »Das Boot ist voll«-Parolen auf. Die »Qualitätspresse« tut mit. Und die Unfähigkeit der Bürokratie erweist sich tatsächlich als Unwille.

Merkels Worte klingen noch immer wie im Sommer, die konkrete Regierungspolitik aber setzt wieder verstärkt auf Abschottung. »Willkommen in Deutschland« – das war nur ein kurzer Traum, was die offizielle BRD angeht.

Dabei zielt die Politik vor allem darauf, die EU-Außengrenzen wieder dicht zu bekommen, daß Flüchtlinge nur noch unter schwierigsten Umständen und größten Gefahren für Leib und Leben durch den Cordon kommen.

Um das zu erreichen, schreckt die BRD-Regierung nicht einmal davor zurück, sich bei dem quasi-faschistischen Erdogan-Regime in der Türkei anzubiedern. Milliardensummen erhält das Regime, das im eigenen Land die Kurden massakriert, um Syrienflüchtlinge zurückzuhalten.

Eine ähnliche Partnerschaft gibt es nun auch mit Marokko. Damit dieses »sichere Drittland« Flüchtlinge zurücknimmt, wird darüber hinweggesehen, daß Marokko seit 1975 fast das gesamte Gebiet der Demokratischen Arabischen Republik Sahara annektiert hat und dort bis 1991 einen blutigen Kolonialkrieg führte.

GERD MARKMANN

## Woidke würdigt Integrationskultur

**Wandlitz (prest-land).** Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke hat den Einwohnern von Wandlitz Dank und Anerkennung für deren Willkommens- und Integrationskultur ausgesprochen. »Die Wandlitzer haben schon früh verstanden, daß es nicht aufs Debattieren, sondern auf zügiges Handeln ankommt«, sagte Woidke am 15. Februar in der Barnim-Gemeinde bei der Buchpräsentation »Refugees Welcome!« von Mathis Oberhof. Dieser war von 2012 bis 2013 Koordinator des »Runden Tisches Willkommen« in Wandlitz, einem breiten überparteilichen und konfessionsungebundenen Arbeitskreis von ehrenamtlichen Helfern und Unterstützern.

Woidke lobte das Buch, in dem Etappen auf dem Weg zu einer gelungenen Integration geschildert werden, als besonders wertvoll: »Gelebte Solidarität braucht auch in einer gefestigten Demokratie Vordenker, Mutmacher, Impulsgeber. Das ist der Geist, den das Buch für Nachahmer so hilfreich macht«. Der Ministerpräsident würdigte auch die Freiwilligen-Initiativen in Wand-

litz: »Sie alle haben in den vergangenen Jahren unglaublich viel Gutes für ihren Heimatort getan. Zugleich haben sie medial Pate gestanden für unser weltoffenes, solidarisches und tolerantes Brandenburg. Darauf können sie und unser ganzes Land stolz sein«. Brandenburg habe eine intakte und handlungsfähige Zivilgesellschaft, auf die man sich auch bei großen Herausforderungen verlassen könne, unterstrich Woidke.

Er warnte zugleich vor Tendenzen, die Gesellschaft durch die Verbreitung von Angst und Haß spalten zu wollen. »Ich bin mir aber gewiß, daß wir hier auf unsere wehrhafte Demokratie vertrauen können. Wir sehen das an der breiten gesellschaftlichen Unterstützung, die unser »Bündnis für Brandenburg« schon in den ersten zwei Monaten seit dem Gründungsaufbruch erfahren hat. Wir sehen das in Potsdam, wo sich eine bunte Allianz der Demokraten dem unsäglichen Versuch entgegenstellt, auch unsere Landeshauptstadt mit dem Pegida-Virus zu infizieren. Und wir sehen das an so herausragenden Beispielen gelebter Willkommens- und Integrationskultur wie hier in Wandlitz.«

## Flüchtlinge in Bernau

### Für eine menschenwürdige Unterbringung

Die Barnimer Willkommensinitiativen begrüßen ausdrücklich die Aufnahme Schutzsuchender Menschen im Barnim.

Noch immer leben viele Flüchtlinge in sogenannten Übergangwohnheimen, Wohnverbänden und Notunterkünften. Sie wohnen dort in sehr beengten Verhältnissen ohne Privatsphäre. Diese Form der Unterbringung sorgt für Streß, macht krank, verstärkt und führt zu weiteren Traumatisierungen. Wir fordern daher eine schnellstmögliche dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen. Dabei sollte es selbstverständlich sein, daß den bei uns Schutz suchenden Menschen genauso viel Wohnraum zugestanden wird, wie den Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Der Landkreis Barnim plant noch in diesem Jahr den Neubau eines Übergangwohnheimes in Bernau-Waldfrieden für noch einmal 200

Menschen. Wir fordern stattdessen den Einstieg in den Bau von Sozialwohnungen, denn für Flüchtlinge und Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft fehlt es in Bernau an bezahlbarem Wohnraum. Hier erwarten wir auch ein Engagement der stadt eigenen Wohnungsbau-Gesellschaft WObAU.

Ergänzend dazu könnte der Landkreis kleinere Übergangwohnheime bauen. Diese sollten aufs Stadtgebiet verteilt werden und deutlich zentraler gelegen sein als Bernau-Waldfrieden. In diesem Zusammenhang weisen wir wiederholt darauf hin, daß der Landkreis mehrere geeignete Baugrundstücke in Bernau besitzt, z.B. im Schönfelder Weg, in der Maßliebchenstraße und in der Ladeburger Chaussee.

Erklärung des Vernetzungstreffen der BARNIMER WILLKOMMENSINITIATIVEN in Bernau am 28. Februar 2016

## Neuartiger Landschaftsrahmenplan

**Eberswalde (prest-bar).** Der Barnim ist reich an Natur. Einer Natur, die durch Nutzung, aber auch Klimawandel ständigen Veränderungen unterliegt. Sollen und können diese Veränderungen beeinflußt werden? Welche Anpassungsmaßnahmen sind notwendig, um die Funktionstüchtigkeit der Natur aufrechtzuerhalten? In welcher Form können Barnimer Akteure und Interessengruppen sowie die BürgerInnen an Planungsprozessen, die das natürliche Umfeld betreffen, möglichst umfangreich beteiligt werden?

Die Untere Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises Barnim beschäftigt sich gemeinsam mit dem Zentrum für Ökonik und Ökosy-

stemmanagement der HNE Eberswalde mit genau diesen Fragen. Dabei geht es um die Erarbeitung eines neuartigen Landschaftsrahmenplanes, der die Problematik des Klimawandels berücksichtigt und die Bürger aktiv einbezieht. Das Projekt wird durch Fördermittel des Bundes finanziert und läuft bis Ende 2017.

Nähere Informationen über die Arbeit der Projektgruppe erhalten Interessierte bei Katja Weibrecht (Tel.: 03334/657-229, Email: katja.weibrecht@hnee.de) und Solveig Opfermann (Tel.: 03334/214-1532, Email: naturschutzbehoerde@kvbarnim.de) sowie auf der Projekt-Webseite unter [www.natuerlich-barnim.de](http://www.natuerlich-barnim.de).

# Arglos in der Eberswalder Bierakademie

Schweyk und Johann Heinrich Arglos sitzen in der Eberswalder Bierakademie beim Bier. »Sie, mein lieber Arglos, sind heute etwas depressiv. Sie haben schon das dritte Bier und noch keinen Ton gesagt. Weshalb sind Sie so schweigsam, so kenn ich Sie doch gar nicht.«

»Es ist alles so sinnlos, es hat keinen Zweck, was solls, am besten is, wenn man gar nichts mehr sagt. Lass doch die Dinge laufen, du änderst ja eh nix.«

»Ja, diesen Katzenjammer kenn ich auch, das hab ich oft genug erlebt bei der k. u. k. Armee, als ich noch Putzleck war beim Leutnant Lukasch. Dieses Gefühl der Ohnmacht, der allgemeinen Sinnlosigkeit... Was ist es? Um was geht's, eine unglückliche Liebe? Ärger mit der Autowerkstatt oder dem Finanzamt? Gehens zu, erzähl's!«

»Das versteht eh keiner. Das interessiert niemanden.«

»Mich würd es schon interessieren, wenns eine gute Geschichten ist! Schießens doch los!«

»Es geht um meinen Ärger mit der Kommunalaufsicht. Sie erinnern sich, ich hab Ihnen doch erzählt von den eklatanten wiederholten und fortgesetzten Rechtsbrüchen der Amtsverwaltung und meiner Beschwerde bei der Kommunalaufsicht.«

»Ja, ich erinnere mich, das waren die befremdlichen Bekanntmachungen, die Einladungen zu Sitzungen des Ortsbeirats und des Amtsausschusses, auf denen nur hinter verschlossener Tür, nichtöffentlich verhandelt werden sollte. Das hat Sie damals auf die Palme gebracht.«

»Genau, das war ein wiederholter und fortgesetzter Verstoß gegen den § 36.2 der Kommunalverfassung, der ausdrücklich sagt, daß die Sitzungen der Gemeindevertretung öffentlich sind.«

»Mit der Öffentlichkeit ist das so eine Sache. Da werdens nicht viele Leute auf Ihrer Seite haben. Wissens, man kann nicht alles öffentlich verhandeln, bei manchen Dingen möchte man besser unter sich sein und sicher gehen, daß nichts an die große Glocke gehängt wird. In Wien hat man seinerzeit, wenn man intimer werden wollte, in den Lokalitäten Separees aufgesucht, da war man für sich, unter vier Augen, sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, nur der Kellner kam ab und zu vorbei, der war aber diskret. - Ich erinnere mich auch an das eine oder andere Schwarzmarktgeschäft im Kelch, das mir seinerzeit unter uns im Hinterzimmer abgewickelt haben, da haben wir schon aufgepasst, daß nur die, die es wirklich anging, etwas mitbekommen haben. Und wenn Sie ein Grundstück verschieben wollen, da werdens des auch nicht auf dem Markt ausschreien, sondern es mehr so unter Hand, wie man sagt, machen.«

»Ich bitt Sie, Herr Schweyk, in der Kommunalverwaltung geht es doch nicht um intime Geschichten, um Schwarzmarktgeschäfte und um die Verschiebung von Immobilien im kommunalen Eigentum. Wo sind wir denn? Im Mezzogiorno oder in Deutschland?«

»Wie ist ihre Sache denn ausgegangen?«

»Wie das Hornberger Schießens, passiert ist nix. Ich hab mich erst bei der Amtsverwaltung beschwert und weil das nicht gefruchtet hat, habe ich mich an die Kommunalaufsicht gewandt. Der Fall war ja klar. Die Kommunalverfassung ist da eindeutig, ich sage nur §36.2! Da hilft ihnen auch kein Winkeladvokat heraus.«

»Da wär ich vorsichtig. Die Rechtslage mag vielleicht klar sein, aber was ein gewiefter Rechtskundler ist, der erzeugt bei der Auslegung einfacher Sätze so viel Rauch und Nebel, daß Sie am Ende nicht mehr durchblicken. Das sollt mich wundern, wenn es in der Kreisverwaltung nicht auch solche Experten geben sollt.«

»Nicht nur da, sondern auch im Innenministerium, das ist ja das Deprimierende. Weil die Kommunalaufsicht die Amtsverwaltung nur über die Rechtslage informieren, diese aber nicht anwenden, also die Bekanntmachung beanstanden wollte, habe ich mich an das Innenministerium gewandt. Das sollte dem Mitarbeiter der KA mal auf die Sprünge helfen und ihm die Augen öffnen.«

»Ich nehm an, Sie haben da aufs falsche Pferd gesetzt. Ich glaub nicht, daß Ihnen der Ministerialreferent weitergeholfen hat, er hat ihnen eher übergeholfen, hab ich recht?«

»Das zwar nicht, aber er hat das Verhalten der Kommunalaufsicht gedeckt und auf das Opportunitätsprinzip verwiesen, das besagt, daß man genau, also pflichtgemäß ermessend, abwägen muß, ob ein eklatanter Rechtsbruch nicht doch unbeanstandet bleiben kann, denn es geht auch darum, die Kommunen in ihrer Entscheidungsfreude und Selbständigkeit zu unterstützen. Die Kommunalaufsicht ist zukunftsorientiert und beratend tätig, nicht rückwärts gewandt und strafend.«

»Ja, ich erinnere mich, auch wir in Prag waren, wie es so schön in ihrer vergessenen Hymne heißt, der Zukunft zugewandt! Also keine Fehlerdiskussion, wir blicken nach vorn, das war unser Erfolgsrezept bis zum Bankrott. Das kommt mir so bekannt vor. Ihnen gefällt das nicht?«

»Ganz und gar nicht. Ich bin Rechtspositivist. Man soll in die Verfassung und in das Gesetzbuch blicken, nicht in die Zukunft. Die Weissagerei überlassen Sie bitte getrost den Astrologen. Es gilt das geltende Recht durchzusetzen, ohne das ist kein Staat zu machen. Wo kommen wir denn da hin, wenn man immer fragt, ist es auch opportun?«

»Arglos, nehmens mir das nicht übel, aber da bin ich nicht an Ihrer Seite, das ist mir zu dogmatisch, das ist lebensfremd. Glauben Sie wirklich, die Kommunalaufsicht würde das Recht durchsetzen und Ihnen den Skalp der Amtsverwaltung an den Gürtel hängen? Darauf waren Sie doch aus? Darauf zielte doch ihre Beschwerde! Sie lassen dabei die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Mitarbeitern ganz außer Acht.«

»Was heißt hier Skalp. Wir sind doch nicht bei Karl May im Wilden Westen, die KA sollte

»In der Praxis bedeutet Kommunalaufsicht vor allem Beratung im Vorfeld kommunaler Entscheidungen. Dabei ist zu beachten, daß die Aufsicht so gehandhabt werden soll, daß die Entschlusskraft und Verantwortungsfreude der Kommunen nicht beeinträchtigt werden. Hierbei ermöglicht es das Opportunitätsprinzip, nach pflichtgemäßem Ermessen in Abhängigkeit vom Grad der Schwere der Rechtsverletzungen und ihrer Auswirkungen auch von aufsichtsbehördlichen Maßnahmen abzusehen und lediglich Empfehlungen für die Zukunft abzugeben. Unter Berücksichtigung der Sach- und Rechtslage ist diese Entscheidung des Landrats nicht als evident rechtswidrig zu bewerten.«

STEFFEN HANNE, Mitarbeiter des Innenministeriums, Referat 31, 23.2.2016

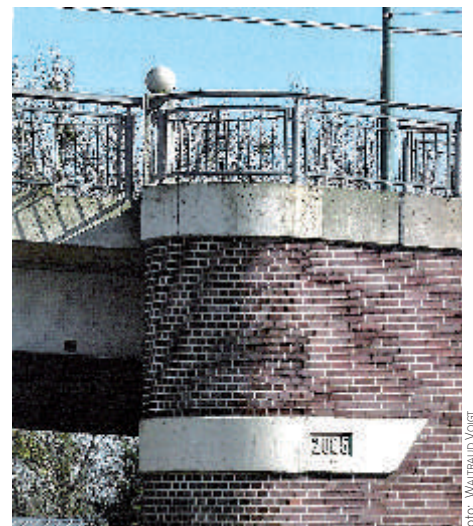
rügen - ja, ich gebs zu, da ist mit mir der alte Schulmeister durchgegangen, der immer noch im mir schlummert, nach zehn Jahren Pension! Aber der Mitarbeiter der KA hat mich gleich auf diesen Fehler aufmerksam gemacht, die KA kann nur beanstanden, nicht rügen, das ist ein moralisch zu sehr aufgeladener Begriff. Mit Moral haben die KA und die Kommunalverwaltung insgesamt nichts zu tun. Das versteh ich gut, das unterschreibe ich sofort!«

»Das freut mich, daß es doch noch einen Konsens zwischen Ihnen und der Kommunalaufsicht gibt, das ist doch schön. Ich liebe die Harmonie und hasse den Streit. Sie sind doch noch ganz schön in Fahrt gekommen, ich nehm an, Sie fühlen sich jetzt schon viel besser, keine Spur mehr von Depression. Sehns, man muß alles nur offen aussprechen, am besten beim Bier.«

Kommens, wir bestellen noch eine Runde, jetzt gleich und nicht erst nachm Krieg um sechs im Kelch in Prag.«

HARTMUT LINDNER

## »Aus Stein ist diese Stadt gebaut«



Hier die rekonstruierte Bahnhofsbücke. Die Ausstellung mit Bildern von Dr. Waltraud Voigt ist im Eberswalder Rathaus noch bis zum 18. März zu sehen.

In den letzten Wochen wurden Sie von den Befürwortern der Übernahme des Finowkanals regelrecht mit heroischen und äußerst fragwürdigen Motivationschreiben bombardiert. Aufgrund dieser, mit grundlegenden Fehlinformationen gespickten Schreiben, sehe ich mich motiviert, fachlich und möglichst wertneutral darauf zu reagieren. Ich greife hierzu auf meine 25jährige Berufserfahrung als Wasserbauer/Wasserbaumeister und die mir nicht vollständig vorliegenden Informationen zurück...

Für eine nachhaltige Unterhaltung ... sind jährlich rund 2,5 Mio. Euro in den Finowkanal und seine Anlagen ... zu investieren. Eine Absenkung dieser Kosten führte in den vergangenen 20 Jahren zu dem Zustand des Kanals, den wir jetzt haben und würde dann zu einer weiteren Reduzierung der Standards und der Sicherheit am Finowkanal führen. Wir haben bereits jetzt nur noch 1,20 m Tauchtiefe...

Ein durch die KAG Region zu gründender (Zweck-)Betrieb, müßte zuerst mit dem nötigen Fachpersonal und Gerätschaften ausgestattet werden, um seiner Aufgabe nachkommen zu können. Dieser Betrieb würde mit dem ortsansässigen WSA Eberswalde um die wenigen Fachkräfte konkurrieren, also müßte er bessere Vergütungen bieten, um bei der derzeitigen Marktlage überhaupt an erfahrene Personal zu kommen. Mit Laien eine komplexe Wasserstraße wie den Finowkanal bewirtschaften zu wollen, ist mehr als fahrlässig...

### Szenario 1

Der Bund bleibt alleiniger Eigentümer des Finowkanals. Er wird voraussichtlich die Schleusen nach und nach ... schließen. Eine Passage mit Motorbooten und Fahrgastschiffen ist dann nicht mehr durchgängig möglich, mit muskelbetriebenen Fahrzeugen jedoch schon. Die Anzahl der Nutzer des Finowkanals haben sich in den letzten 10 Jahren, trotz erheblicher Bewerbung, nicht nennenswert gesteigert. Wir reden von rund 1.600 Fahrzeugen, etwa paarig unterteilt zwischen motor- und muskelbetriebenen. Von einer Schließung der Schleusen wären somit ca. 800 Boote/Jahr betroffen.

**Vorteil:** keine Personal- und Unterhaltungskosten für die KAG, kein jährliches Einwerben der Schleusenbediener

**Nachteil:** Verlust eines Teils der Gäste und Einschränkung des Geschäftsfeldes der bestehenden Touristikunternehmen am Finowkanal

**Bewertung:** Bewerbung und Entwicklung des Finowkanals und seines Umfeldes als »grüne« und »naturnahe« Wasserstraße in einem historischen Industriegebiet würde gut zur Waldregion und HNEE passen, Ausbau von Wasserwanderrastplätzen etc., gutes Kosten-Nutzenverhältnis für die Region, sehr geringes Risiko.

### Szenario 2

Die KAG Region übernimmt den Finowkanal mit allen Rechten und Pflichten. Bekommt vom Bund eine Mitgift von etwa 75 Millionen Euro. Die Schleusen bleiben geöffnet.

## Offener Brief an die Entscheidungsträger der KAG Region

# Viertes Szenario für Finowkanal

von Michael Reckzeh

**Seit einigen Tagen liegt nun das Angebot des Bundes zur Abgabe des Finowkanals an die Region auf Ihrem Tisch. Leider blieben alle bisherigen Verhandlungsergebnisse und Informationen weitestgehend im Verborgenen (bis auf ein paar Zeitungsartikel). Ich danke, bei einer Entscheidung dieser Tragweite, die Bewirtschaftung eines Kanals mit 12 Schleusen für die nächsten 100 Jahre, sollte die Bevölkerung, die das Ganze zu bezahlen hat, umfassend informiert und gefragt werden.**

**Vorteil:** regionale Entscheidungen fließen in die Bewirtschaftung ein, Kanal bleibt durchgängig für motorbetriebenen Fahrzeug bis zu einem bestimmten Tiefgang befahrbar, Potential der möglichen Gäste ist am Größten, Fördermittel können ggfs. beantragt werden

**Nachteil:** bis auf 75 Millionen Euro trägt die Region sämtliche Kosten, zeitlich unbegrenzt! Ein Bewirtschaftungsbetrieb mit Fachkompetenz und Fachpersonal muß aufgebaut werden, zu erwartende Einnahmen werden auch bei sprunghaft steigenden Besucherzahlen die Ausgaben nicht in geringster Weise decken, tatsächliche Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung in den nächsten 100 Jahren sind völlig unkalkulierbar. (Die im »Motivationschreiben« des Vereins »Unser Finowkanal e. V.« genannten Sanierungskosten sind völlig aus der Luft gegriffen. Es kann gut sein, daß einige Schleusen noch 10 Jahre weiter betrieben werden können, aber spätestens dann, wenn nicht sogar früher, droht der Totalausfall, ggf. mit Personenschaden. Die Verantwortung tragen dann Sie und nicht der Unternehmer. Das WSA Eberswalde begutachtet jedes Bauwerk alle 6 Jahre nach einem festgelegten Schema durch zwei erfahrene Ingenieure, um Schäden zu erkennen, zu bewerten und im Wasserbau zugelassene Sanierungskonzepte zu erstellen. Dazu werden die Bauwerke trocken gelegt, das heißt, abgedichtet und leergepumpt. Die Offerte des »deutschlandweit tätigen Schleusenbauunternehmers«, welcher mir bekannt ist, ist als Bauernfängerei zu bewerten und entbehrt jeglicher fachlicher Grundlage. Auch die angeblich einkalkulierten hohen Automatisierungskosten entbehren jedweder Grundlage.)

**Bewertung:** Finger weg! Faß ohne Boden, höchstes Risiko, garantiertes Verlustgeschäft.

### Szenario 3

Vorschlag aus Schorfheide, Kanal mit allen Anlagen (bis auf die Schleusen) bleibt beim Bund, die Schleusen übernimmt die Region.

**Vorteil:** Kanal bleibt durchgängig für motorbetriebenen Fahrzeug bis zu einem bestimmten Tiefgang befahrbar, Potenzial der möglichen Gäste ist größer, Kosten sind überschaubarer, Fördermittel können ggf. beantragt werden

**Nachteil:** ähnlich Szenario 2, Aufbau eines Zweckbetriebes mit Fachpersonal und Fachkompetenz notwendig, jedoch kleiner als in S2, zu erwartende Konflikte an Schnittstellen zwischen Schleusenbetreiber (KAG) und Kanalbetreiber (Bund) sehr groß, (was nutzen sanier-

te Schleusen, wenn der Bund aus Geldmangel nicht baggert und die Tauchtiefe weiter herabgesetzt wird; Baum fällt ins Wasser, Bund entscheidet prioritär, den erst nach zwei Wochen zu bergen etc.; aber auch anders herum, Bund muß durch Schleuse zur Gewährleistung der Hochwasserabfuhr, Schleusen sind aber gerade außer Betrieb oder nicht besetzt...)

**Bewertung:** mögliches Szenario, aber für beide Seiten mit Risiken behaftet, erhöhtes Kostenrisiko, erfahrungsgemäß im Tagesgeschäft äußerst schwierige Schnittstellenproblematik Schleuse/Kanal/Wehr

### Szenario 4

Mein Vorschlag. Der Finowkanal bleibt beim Bund, dieser würde bei der Schließung der Schleusen ... 15 bis 20 Millionen Euro sparen, sämtliche andere Kosten laufen sowieso weiter. Die KAG-Region zahlt diesen Betrag an den Bund und sichert sich somit die Durchgängigkeit der Schleusen. Die Schleusen werden im Rahmen der Grundinstandsetzung automatisiert, 1 bis 2 Schleusen in »guter Lage« bleiben als Vorzeigeobjekte in traditioneller Handbedienung, z.B. Schöpfurt und Eberswalde. Ich erinnere hier auch an die Vereinbarung zur Wiederschiffbarmachung des Finowkanals aus dem Jahre 1998, wo sich Bund und Land geeinigt hatten, den Finowkanal für rund 41,5 Millionen DM so weit zu sanieren, daß eine Durchgängigkeit für die Schifffahrt dauerhaft ermöglicht wird. Was ist daraus geworden? Warum hält man sich nicht an diese Vereinbarungen? Der Bund will seit über zwei Legislaturperioden ein Wassertourismuskonzept verabschieden. Warum vorher eine touristisch genutzte Wasserstraße abgeben?

**Vorteil:** einmaliger, überschaubarer finanzieller Betrag für die Region, aufgrund der Automatisierung größte Verfügbarkeit der Schleusen bei geringen Personaleinsatz..., großes Entwicklungspotential für Kanal und Region, kein Aufbau von Zweckbetrieb und Fachkompetenz auf Seiten der Region nötig, alle zur Zeit Beteiligten am Kanal behalten ihre Aufgaben und erlangen Planungssicherheit

**Nachteil:** Eigenbeitrag der Region möglicherweise nicht förderfähig, Abhängigkeit vom Bund bzgl. Zustand der Anlagen und des Sanierungszeitplanes, (über verbindliche Vereinbarung lösbar)

**Bewertung:** gutes Szenario mit überschaubaren Kosten für die Region, aber besten Entwicklungsmöglichkeiten...



## Kommunalisierung des Finowkanals

# »Es ist eine nationale Aufgabe«

Ich persönlich finde die geführte Diskussion nicht zielorientiert, da uns durch Verbände und Initiativgruppen eingeredet wird, daß nur eine Kommunalisierung des Finowkanals eine Bewahrung der Schiffbarkeit für die Zukunft garantiert. Der Finowkanal ist ein Kleinod, ich möchte sogar sagen ein Juwel, aber ein Juwel, der durch kommunale Körperschaften nicht bewahrt und langfristig gepflegt werden kann. Wenn die Verwaltung der Bundeswasserstraßen 75 Millionen Euro als Beigabe bereitstellen will, wenn es zur Übergabe kommen sollte, dann sollten alle Alarmglocken schrillen. Denn wer 75 Millionen gibt, setzt voraus, daß auch der Empfänger eine angemessene Summe bereitstellt. Können unsere Gemeinden diese Geldbeträge bereitstellen?

Es gibt aber auch noch andere gewichtige Gründe, die gegen eine Übernahme sprechen.

Im Europäischen Wasserrahmengesetz (gültig seit 2003) Artikel 1 Abs.1a bei Oberflächengewässern, Unterpunkt i - iii steht u.a.: »die Mitgliedstaaten schützen, verbessern und sanieren alle Oberflächengewässer ... mit dem Ziel, spätestens 15 Jahre nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einen guten Zustand der Oberflächengewässer zu erreichen.« Hier sind der Bund und das Land in der Pflicht.

Bekannt ist, daß ab dem Stadtgebiet Eberswalde, in den Uferbereichen und am Grund des Kanals, in den Sedimenten, Schadstoffe (Schwermetalle usw.) angereichert sind und damit nach wie vor, auch durch Schiffsverkehr eine Gefahrensituation besteht. Um diese Gefahrensituation zu beseitigen, ist eine Ausbaggerung unumgänglich. Hier stand und steht das Bundesministerium in der Pflicht. Bevor überhaupt über eine Übergabe gesprochen werden kann, sollte dieses Ministerium erst einmal seine Pflichtaufgabe erfüllen. 15 Jahre sind bald um und hier wurden noch keine Vorbereitungen getroffen. Diese Anforderungen sind auch nicht durch die Gemeinden und

durch die Stadt Eberswalde finanziell und fachlich zu bewältigen, aber die EU wird darauf bestehen.

Weiterhin muß festgestellt werden, daß in den vergangenen Jahrzehnten die Parallelgräben zum Finowkanal in weiten Strecken nicht mehr gepflegt bzw. intakt gehalten wurden. Diese haben aber eine wichtige Funktion für den Kanal, den Treidelweg und für die Anrainer. Viele der dort notwendigen Bauwerke wurden stark vernachlässigt und sind reparaturbedürftig. Auch diese Aufgabe kann man und sollte man nicht den Kommunen überlassen.

Ein dritter Schwerpunkt scheint mir die Aussage zu sein, daß für die Wartung und Pflege jährlich ca. 2,5 Mill Euro benötigt werden. Diese Summe wird aber nicht ausreichen, da dieser Kanal berechtigt unter Denkmalschutz gestellt wurde, einschließlich Treidelweg und Parallelgrabensystem.

Zum Abschluß meiner Bedenken möchte ich darauf hinweisen, daß der »Lange Trödel« und der Finowkanal die Wasserscheide für die sensibelsten Flußgebiete Mitteleuropas, der Elbe und der Oder ist und damit werden an diese Gewässer besondere Anforderungen gestellt werden, denn wer mit dem Klimawandel die vorausgesagte Versteppung unserer Region verzögern bzw. verhindern will, muß in die Regulierung dieser Vorflut (einschließlich der Havel) aktiv eingreifen bzw. sie steuern. Dies ist keine kommunale, sondern eine nationale und länderübergreifende Aufgabe.

Trotz der Unterfinanzierung in den letzten acht Jahrzehnten wurde der Kanalbetrieb, dank der Fachkompetenz und Initiativen der Arbeiter, Angestellten und Ingenieure im WSA aufrechterhalten. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung. Ich befürchte, daß diese Fachkompetenz durch die Gemeinden nicht übernommen wird und damit dann verloren ist.

REIMER LOOSE

## Mut zum Erfolg beim Finowkanal!

**Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen bestärkt die Kommunalpolitiker der Anliegerkommunen, bei der Übernahme des Finowkanals Mut zu einem überschaubaren Risiko zu zeigen und die Sache zum Erfolg zu führen.**

Seit Jahren wird im Landkreis und den Kommunen über einen Trägerwechsel beim Finowkanal gesprochen. Stiftungsmodelle und andere Möglichkeiten wurden geprüft und erörtert. Jetzt liegt ein Angebot des Bundes vor, von dem man vor nicht allzu langer Zeit kaum zu träumen wagte. Daher sollten jetzt nicht Ängstlichkeit, Bedenken und Zaudern unser Vorgehen prägen, sondern gemeinsames, entschlossenes Handeln als Region. Die Chance, den Kanal komplett in die eigenen Hände zu übernehmen, sollte ergriffen werden. Dafür spricht zum einen die Mitgift des Bundes in Höhe von 75 Mio Euro. Sie ermöglicht, die

Schleusen – und damit das Rückgrat des historischen Kanals und seiner Attraktivität – zu sanieren und den Betrieb des Wasserweges für mindestens 15 Jahre zu sichern. Solange müßten die beteiligten Kommunen keine größeren finanziellen Belastungen tragen und hätten genügend Zeit, ein effektives Bewirtschaftungsregime zu entwickeln und Einnahmequellen zu erschließen. Dabei können alle Möglichkeiten, wie Arbeitsförderung, Freiwillige, Gewässer- und Bodenverbände, Tourismusförderung usw., einbezogen werden...

ELKE ROSCH und THOMAS DYHR,  
Kreissprecher Bündnis 90/Die Grünen Barnim

## Einstimmiges Votum der KAG

**Eberswalde (prest-ew).** Die Mitgliedskommunen der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Region Finowkanal (KAG Finowkanal) sind sich einig: Sie wollen, daß der Finowkanal auch in Zukunft schiffbar bleibt. Deshalb haben sie auf ihrer Mitgliedsversammlung am 10. Februar 2016 ihren Vorsitzenden, Eberswaldes Bürgermeister Friedhelm Boginski, beauftragt, daß er beim Bund die Übernahme der Schleusen in kommunale Trägerschaft verhandelt. Der KAG-Vorsitzende wird nun schnellstmöglich einen Termin mit dem Bund zu einem weiteren Verhandlungstermin ausmachen.

## Wanderausstellung

**Bydgoszcz (hgm).** Die Initiative »Unser Finowkanal e.V.« realisiert in Zusammenarbeit mit der Stadt Bydgoszcz (Bromberg), der Kazimierz-Wielky-Universität in Bydgoszcz, dem Museum Eberswalde sowie der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) ein deutsch-polnisches Kultur- und Geschichtsprojekt unter dem Titel »Eine Geschichte. Zwei Kanäle. Eine Zukunft«. Vom 5. bis 7. Februar 2016 hielten sich Mitglieder der Eberswalder Initiative zu einem Erfahrungsaustausch in Bydgoszcz auf. Am 5. Februar öffnete dort die mehrsprachige Ausstellung auf dem Kulturmaßkahn »Lemara«. Anschließend ist die Ausstellung an weiteren Orten in der Stadt zu sehen; im Herbst soll sie auch auf der Weltkanalkonferenz in Schottland gezeigt werden.



Foto: Sandra Riewe

Auf 22 Tafeln wird über die Geschichte des Finowkanals und des Bydgoszczer Kanals informiert. Beide Kanäle sind nicht nur über das internationale Wasserwegenetz miteinander verbunden, es gibt auch Gemeinsamkeiten in dem Bemühen, das jeweilige Umfeld touristisch überregional zu erschließen. Das Projekt baut auf der im Eberswalder Museum präsentierten Ausstellung »Der Finowkanal gestern – heute – morgen« auf. Die Entwicklung der mehrsprachigen Variante (Polnisch und Englisch) zur neuen Wanderausstellung über den Finowkanal soll auch ausländischen Besuchern den Zugang erleichtern. Eine mehrsprachige Web-App mit QR-Code lädt Besucher zur Erkundung der Kulturlandschaft Finowtal ein.

## 112. Dienstags-Demo

**Bernau (bbp).** Am Dienstag, dem 1. März 2016, findet 17 Uhr die 112. Demonstration für die noch ausstehende Umstellung auf die Gebührenfinanzierung bei der Abwasserentsorgung auf dem Marktplatz der Stadt Bernau statt. Zuvor beginnt 16.30 Uhr der Wassertisch für Einzelgespräche und Erfahrungsaustausch.

Das Motto lautet: 100-%ige Gebührenfinanzierung für die zentrale und dezentrale Abwasserentsorgung.

Auf der durch die Bürgerinitiative im Gebiet des WAV Panke/Finow organisierten Veranstaltung wird unter anderem über die von der Fraktion Bündnis für Bernau und von der Unabhängigen Fraktion zur Stadtverordnetenversammlung am 10. März eingebrachten Anträge informiert, die auf die Schaffung von Rechtsklarheit und Planungssicherheit im Gebiet des WAV »Panke/Finow« bei Umstellung auf eine reine Gebührenfinanzierung und auf die Aufarbeitung der Altanschließerbeitrags-Ära gerichtet sind. Da die Vertreter der Stadt Bernau die Verbandsversammlung dominieren, entscheiden die Bernauer Stadtverordneten nicht nur über den sozialen Frieden in der Stadt Bernau sondern auch in den weiteren Verbandsgemeinden Rüdnitz, Melchow und Biesenthal.

## Regionalkonferenz

**Eberswalde (jm/bbp).** Am 26. Februar hatte der Brandenburgische Innenminister Karl-Heinz Schröter zu einer Regionalkonferenz nach Eberswalde in das Kulturhaus Schwärzetal eingeladen. Ein weiteres Mal warb er um Unterstützung für die vom Land geplante Kreisgebietsreform. Nachfolgend der Redebeitrag von JOHANNES MADEJA:

Zitat: »Wir werden den Bürgern gar keine Fragen beantworten, weil wir es nicht sind, die mit ihnen kommunizieren.« Der das gesagt hat, übrigens im Landtag, heißt Karl-Heinz Schröter und ist Minister im Land Brandenburg. Ein Minister ist der Diener des Souveräns, bei uns also – entsprechend Grundgesetz – Diener des Volkes. Ein Diener, der mit seinem Vorgesetzten nicht redet, der hat sich selbst disqualifiziert und gehört entlassen.

Num kam dieser Minister nach Eberswalde. Plötzlich – hört, hört! – will er mit uns kommunizieren!

Nein Herr Minister, jetzt wollen wir Ihnen nicht zuhören. Wir haben von der Politik und den Reformen dieser Landesregierung die Nase voll:

Umweltpolitik, Abfallpolitik, Wasserpolitik, Polizeireform, Schulreform, Forstreform – jede ein Flop für sich!

Wir wollen von Ihnen nicht hören, wie Sie es nach der Heirat von Barnim und Uckermark hier haben wollen, darüber entscheiden wir alleine! Wir leben hier, nicht Sie! Die Hochzeit wird nicht stattfinden. Wir reden nicht über Eier, die nicht gelegt werden!

Kein UMBAR und kein BARUM. Herr Schröter Ihre Zeit ist um!

## Signal von der »Linde« in Lubolz

Treffen der Bürgerbewegten am 30. Januar in Lübben OT Lubolz

**Der Kaiser rief und alle, alle kamen. Der da gerufen hat, war und ist nicht Kaiser – den gibt es ja nicht mehr. Wir haben ja jetzt Demokratie! Der Mann heißt nur so – Thomas Kaiser, kurz Tom. Im Saal war ein großes Gewimmel von 200 Bürgerinnen und Bürgern überwiegend vorgeschrittenen Lebensalters aus Brandenburg. Vielleicht waren es ja auch nur 180 - darauf kommt es nicht an. Alle waren gekommen, freiwillig, auf eigene Kosten, aber nicht nur Brandenburger. Auch Sachsen, Thüringer, Mecklenburger und Anhalter waren da.**

Sie waren Abgesandte der Bürgerinitiativen in ihren Ländern und ihren Regionen - alle mit sehr ähnlichen Namen: Wasser-Netz Brandenburg (hatte eingeladen), Netzwerk Kommunalabgaben, Initiative für gerechte Abwasserbeiträge, für gerechte Gebühren und für die Abschaffung von Beiträgen, Aktionsbündnis für nachhaltigen, sparsamen Umgang mit Wasser, für Wasser in Bürgerhand und, und, und ...

Viele waren lange vor Veranstaltungsbeginn gekommen und es gab ganz persönliche Gespräche. Es gab ein Kennenlernen, ein Wiedersehen nach langer Zeit, Austausch von Schriften und Ideen und Erfahrungen – alles ganz wichtig. Dafür müssen wir das nächste Mal, das es sicher geben wird, mehr Zeit einplanen!

Die Organisatoren, die Akteure und Aktivisten haben großen Dank verdient und dafür den gebührenden Beifall erhalten. Sie haben das Recht und die Pflicht, uns, dem durchaus auch aktiven Auditorium, zu berichten. Wir wollten ja etwas erfahren, wir wollten etwas lernen und etwas mitnehmen nach Hause. Das alles, haben TOM KAISER, Sprecher, FRANK MITTAG, Anwalt und CHRISTOPH SCHULZE, Landtagsabgeordneter getan und damit ihre Aufgabe gelöst.

Von den aktiven Teilnehmern an der Diskussion erwarten wir immer, daß sie möglichst schnell »auf den Punkt« kommen. Nicht jedem ist das gegeben, wir sind ja alle keine »Profis«. Angesichts der doch sehr knappen Zeit hätten wir uns wohl an einigen Stellen einen etwas konzentrierteren und strukturierteren Vortrag gewünscht. Trotzdem Dank an alle, auch an Herrn BOLDUAN aus Schulzendorf, Frau NICLAS aus Sonnewalde, Herrn HEYN aus Thüringen, die Vertreter von Eigenheimerverband und Haus & Grund und viele andere, die hier nicht genannt werden können.

Wir haben allen aufmerksam und aufnahmebereit, aber auch kritisch zugehört und mit Beifall nicht gespart. Wir haben gelernt: wir werden, auch wenn das manchem schwerfällt, gegen rechtswidrige Bescheide mit Widersprüchen und notfalls mit Klagen vorgehen und die engen Fristen nutzen und nicht verstreichen lassen. Jeder hat etwas mitgenommen, was ihm wichtig war, jedenfalls einen Namen, eine Telefonnummer, eine eMail-Adresse, einen Händedruck, ein Schulerklopfen! »Lubolz« wird nachwirken!

Es gab eine breite Übereinstimmung in der Zustimmung zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts. Darin geht es darum, daß eine Beitragspflicht nur satzungsgerecht entstehen kann, um Rückwirkungsverbot und um Vertrauensschutz. Dieser Beschluß hat Gesetzeskraft! Er ist um- und durchzusetzen und muß Bestandteil der Kommunalabgabengesetze aller Bundesländer werden, ich wiederhole: aller! Dieser Beschluß gilt deutschlandweit und jede Landesregierung, die das anders sieht, ist auf dem Holzweg!

Wer Beiträge, egal wofür, haben will (daß Beiträge im Einzelfall notwendig sind hat niemand je bestritten), der muß dafür sorgen, daß die Beitragspflicht überhaupt entstehen kann. Dazu braucht man eine Satzung. Wenn es innerhalb der vierjährigen Verjährungsfrist nach Abgabenordnung nach Fertigstellung einer Maßnahme keine Satzung gibt, dann kann die Beitragspflicht nicht entstehen und ein Beitrag kann nicht mehr erhoben werden, wegen Festsetzungsverjährung – so einfach ist das! Alle Tricks, doch noch rückwirkend Geld eintreiben zu wollen, egal wie das dann genannt wird, sind grundgesetzwidrig, nicht zuletzt weil jeder Bürger Anrecht auf Vertrauensschutz hat. Die Landesregierung und der Landtag Brandenburg haben versucht zu tricksen, das ist zehn Jahre »gut« gegangen, jetzt ist es vorbei! Widerrechtlich geforderte und beigetriebene Beiträge müssen zurückgezahlt werden. Es ist nicht nur unmoralisch sondern gesetzwidrig, das zu verweigern! Übrigens – andere Landesregierungen und Ministerpräsidenten sind nicht besser! Alle müssen sich, das gebietet der Anstand, bei den Bürgern entschuldigen! Diese Entschuldigung verweigern sie, aber es kommt noch dicker! Der Brandenburger Innenminister will den Bürgern nicht einmal auf Fragen antworten; sie seien für ihn keine Gesprächspartner! Nicht anders verhalten sich die sog. Richter, die zehn Jahre lang Schandurteile gefällt haben und schon wieder versuchen zu »interpretieren« (so nennen sie ihre Betrugsversuche!) Das ist ein Skandal! Bedauerlich, daß sie das Hohngelächter und die Buh-Rufe im Saal nicht hören konnten! Aber wir werden uns Gehör verschaffen! Sie verdienen die Höchststrafe (Mittag): aus dem Amt gejagt unter Wegfall aller Pensionsansprüche!

Das war das Signal aus Lubolz, mögen es »unsere« Landtagsabgeordneten mitnehmen in den Landtag und dort sichtbar aufrichten!

JOHANNES MADEJA



## Zehn Jahre Kampf gegen Dreckschleuder

Das AUS für die Theo Steil-Sondermüllverbrennungsanlage!

Die Dreckschleuder wird nicht mehr gebaut. Meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in der Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt Schorfheide e.V. (BI-S), die einen fast zehnjährigen Kampf gegen die auf Eberswalder Gebiet geplante SONDERMÜLLVERBRENNUNGSANLAGE THEO STEIL GMBH mit viel Engagement angeführt haben, möchte ich von ganzem Herzen danken! Im Verein war es zugleich eine wunderbare freundschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit, die sicherlich auf anderen Wegen fortgesetzt werden wird.

Grundvoraussetzung für den Erfolg war der artikulierten und feste Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gegen eine solche Sondermüllverbrennung auf veraltetem technologischen Stand und mit hoher Emissionsbelastung, die uns die Theo Steil GmbH vor die Nase setzen wollte.

Die Bürgerproteste haben der kommunalen Politik die erforderliche Rückendeckung und Unterstützung gegeben, so daß die Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide und der Stadt Eberswalde, Uwe Schoknecht und Friedhelm Boginski, handlungsfähig werden konnten.

Nicht zuletzt gilt mein Dank den regionalen Medien, insbesondere der Märkischen Oderzeitung und der Barnimer Bürgerpost, für die regelmäßige und gute Berichterstattung während der gesamten Zeit.

Eine Klagsche erhalten die SPD-Politiker und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Petra Bierwirth und Markus Meckel sowie Landrat Bodo Ihrke, die sich immer für den Bau der Sondermüllverbrennungsanlage ausgesprochen und der Bevölkerung ihre Unterstützung versagt haben.

Dr. ANDREAS STEINER

## Obstbauversuchsstation auf Sparflamme

Ende Februar hat Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger im Umweltausschuß des Brandenburger Landtages zugesichert, daß er sich für den Erhalt der Obstbauversuchsstation am Standort Müncheberg einsetzt. Im ersten Halbjahr 2016 solle ein Konzept vorliegen. Die renommierte Anstalt ist bereits wieder in das Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LELF) eingegliedert. Der Minister begründete den Schritt damit, daß er so direkten Zugriff auf die Einrichtung habe. Von den ehemals fünf Mitarbeitern bleibt nur noch eine minimale Rumpfbesetzung. In den nächsten Haushaltsverhand-

lungen werde man für die Anstalt ab 2017 wieder Personal einplanen. Dazu sagte der umweltpolitische Sprecher der bündnisgrünen Landtagsfraktion BENJAMIN RASCHKE:

»Der Landtag hat im vergangenen Sommer mit großer Mehrheit beschlossen, den Obstanbau im Land zu stärken. Dafür ist die Obstbauversuchsstation wichtig. Doch das Landwirtschaftsministerium hat viel zu lange damit gewartet, für sie ein tragfähiges Konzept zu entwickeln. Wie viel das Bekenntnis des Ministers zu der Obstbauversuchsstation wert ist, muß sich zudem erst noch erweisen.«

TOBIAS ARBINGER

## Diskussion über die Lage im Nahen Osten

Der Ortsverband der Partei DIE LINKE Panketal lädt alle Mitglieder und Sympathisanten zur Mitgliederversammlung am Montag, den 7. März 2016 ein.

Thema: Die Kriege im Nahen Osten und die Erfordernisse zur Bekämpfung der Ursachen für die Flüchtlingsströme.

Gast: Jörg Schulz, Leiter des Referats Naher und Mittlerer Osten an der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ort: Rathaussaal, Schönower Straße 105, Beginn: 19 Uhr.

LOTHAR GIERKE, BO Panketal

## Die Fahrradzeit naht

An einigen Tagen konnte das Wetter schon Frühlingsgefühle auslösen. Auf jeden Fall naht der Frühling und damit die neue Fahrradzeit. In der Gruppe radeln macht meist mehr Spaß als allein in die Pedale zu treten. Eine kleine Gruppe von meist nicht mehr ganz so jungen Radlern trifft sich zumindest einmal im Monat zu einem »Tagesritt«. Dazu ist jeder, der mitradeln möchte, eingeladen.

Für 2016 sind folgende Touren vorgesehen, immer Sonntags, Abfahrt 9 Uhr (Mai - Sept.) bzw. 10 Uhr (April, Okt.-Nov.) auf dem Marktplatz Eberswalde:

- 3. April: Anradeln, Marienwerder, 40 km;
- 24. April: Eiszeittour, Nonnenfließ-Grünthal-Heckelberg-Niederfinow, 40 km;
- 28. Mai: Großschönebeck ü. Zerpenschleuse-Eichhorst-Grafenbrück, 60 km;
- 26. Juni: Liepnitzsee-Wandlitz, 70 km;
- 31. Juli: Hohenwutzen, 85 km;
- 28. August: Liebenwalde-Böhrmerheide, 75 km;
- 25. September: Werbellin, 50 km;
- 30. Oktober: Biesenthal, 60 km;
- 13. November: Abradeln, Marienwerder, 40 km

Weitere Möglichkeiten bieten die gemeinsam von Lothar Riesel und Radcafe »Kunst und Rad« in Wildau vorbereiteten sechs Touren in die Schorfheide, die erst Mitte Mai beginnen und noch bekanntgegeben werden. Allen diesen Touren ist eigen, daß kaum längere Anfahrten mit PKW erforderlich sind.

Seit vielen Jahren vereint die TOUR DE NATURE, beginnend am Oder-Center in Schwedt, Tausende Radler. Ab Endpunkt Criewen bietet sich eine Fahrt auf dem Oder-Radweg nach Hohensaaten, weiter über Altgietzen-Schiffmühle-Bralitz-Schiffshebewerk nach Eberswalde an. Diese Tour beginnt am Sonntag, dem 29. Mai um 10 Uhr am Oder-Center in Schwedt.

Es wäre zu begrüßen, wenn eine größere Anzahl Eberswalder an der Sternfahrt des ADFC am 5. Juni teilnehmen würde. Abfahrt 8 Uhr am Bahnhof Eberswalde. Wann hat man schon Gelegenheit, unter Polizeischutz über Landstraßen und durch Berlin zu radeln. Vom Hauptbahnhof kann man bequem mit der Bahn zurückfahren.

Los geht's aber am 20. März um 10 Uhr traditionell mit dem Anradeln vom Radhaus Katanek in der Eisenbahnstraße Eberswalde.

KURT BERUS

## Nur ein Angebot für FinE

Den Vergabevorschlag für das Stadtfest FinE 2016/20 haben wir abgelehnt. Wieder gab es nur ein Angebot. Die Fraktion will erreichen, daß Ausschreibungen künftig so formuliert werden, daß mehrere Anbieter ihre Angebote mit Aussicht auf Erfolg vorlegen können. Die Ablehnung ist auch darin begründet, daß ein spezieller Standort für Jugendliche und Jungerwachsene fehlt, z.B. im Park am Weidendamm.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender der Fraktion  
»Alternatives Wählerbündnis Eberswalde«

**E**ntstanden war die Initiative im privaten Rahmen aus der Motivation heraus, sich zumindest zu artikulieren und dem zerstörerischen Kriegstreiben in der Welt andere Entwürfe entgegenzusetzen. Dies kann nach Ansicht der Veranstalter nur aus kleinen Schritten, die jede/r für sich umsetzen kann, erreicht werden. Wenn das »Ich allein kann ja doch nichts ändern« weiterhin besteht, ist nur garantiert, daß alles bleibt wie es ist bzw. ohne unsere Mitwirkung in nicht zwingend unserem Interesse gestaltet wird. Jede einzelne Veränderung »im Kleinen« trägt zum »großen Ganzen« bei und nur so ergeben sich Möglichkeiten zur Verbesserung.

Daß dazu mehr und mehr Menschen bereit sind, konnte man erahnen, wenn man sich selbst breit und alternativ informierte. Abseits der in den traditionellen Medien veröffentlichten Meinung hinterfragen viele Menschen althergebrachte Regeln und Strukturen.

Wo das staatliche öffentliche Leben nahezu zusammengebrochen ist, bspw. in Griechenland nach Erledigung der von der EU aufgetragenen »Hausaufgaben« oder in der Ostukraine, nachdem sich Kiew so intensiv um die Menschen dort gekümmert hatte, sind – teils aus der blanken Not heraus – schon Strukturen lokal wirtschaftender und sich selbst verwalter Gemeinschaften entstanden.

Wo noch kein Chaos herrscht, fragt man sich, ob aufgrund der aktuellen Politik dies nur eine Frage der Zeit ist: Wenn man sieht, welche Themen im Freundes- und Familienkreis, auf Arbeit, beim Frisör oder Bäcker seit Herbst 2015 schnell dominieren, scheint der gesellschaftliche Friede zumindest angekratzt. Wohin es führen soll, wenn man – was humanistisches Gebot ist und bleiben muß – vor Krieg und Zerstörung fliehende Menschen erst aufnimmt, den Nachzug der Familien jedoch einschränkt und danach durch Aufklärungsflüge am effizienteren Töten von zurückgebliebenen Angehörigen, Freunden und Nachbarn und am weiteren Zerstören der Heimat Geflüchteter mitwirkt, will man sich nicht ausdenken. Wenn man Jürgen Todenhöfer gelesen hat, kann man es sich jedoch düster ausmalen...

Anderer Menschen Leid und Vertreibung von Anfang an zu vermeiden und so auch die Ruhe im eigenen, weltoffen verantwortungsvoll geführten Land zu bewahren, hätten Effekte friedlich ausgerichteter Diplomatie und selbstbewußter Politik sein können.

Mittlerweile muß die Politik jedoch aufpassen, es sich nicht vollständig bei denen zu verscherzen, die sie repräsentieren sollen. Mit alten Strukturen (also bspw. ohne direktdemokratische Mittel) teilweise deutlich gegen die öffentliche Meinung (nicht nur zum aktuellsten Thema, auch vorher schon bspw. zu GenFood oder TTIP) zu regieren, kann nicht akzeptanzfördernd sein. Sinkende Wahlbeteiligung (Darf man den Brandenburger Landtag mit der 2014er Wahlbeteiligung von 47,9% als mehrheitlich NICHT legitimiert betrachten?)

## Weltfrieden ist ein Thema

**Am Abend des 5. Februar fand die 1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz (1. EWFK) statt, zu der die Initiatoren in das Eberswalder »Haus am Stadtsee« geladen hatten.**

und eine zu befürchtende Extremisierung des Parteienspektrums in den anstehenden Landtagswahlen sollten alarmieren.

Soweit ein kleiner Ausflug, der einen großen Bogen spannt, Themen jedoch nur anreißen kann. Zurück zur Veranstaltung, bei der es den Initiatoren darum ging, Menschen in der Region zu finden, die ähnlich denken und jetzt schon andere Konzepte anfangen möchten zu entwerfen und umzusetzen oder schon länger dabei sind, dies zu tun.

### Mini-Aufwand – viel Zuspruch

Mit dem Zuspruch zur Veranstaltung sind wir sehr zufrieden. Ohne enorme Mittel für großes und langfristiges »Marketing« knapp 100 Menschen zu versammeln, sehen wir als einen ersten, guten Erfolg. Auch wenn diese Zahl für eine 50.000 Einwohner-Region eine eher geringe Mobilisierung ist. Dies relativieren wir jedoch durch unsere sehr begrenzten Möglichkeiten, ca. 6000 Flyer wurden in und um Eberswalde verteilt, in der BBP und der MOZ erschienen je 2 Artikel.

Anhand der 28 Fragebögen (alle folgend genannten Zahlen beziehen sich hierauf), mit denen uns auf der Veranstaltung Feedback gegeben wurde, zeigt sich jedoch, daß Flyer (14 Nennungen) und Mundpropaganda (8) die effektivsten Kanäle gegenüber Zeitungsartikeln (4 und 5 Nennungen der beiden genannten Medien) zu sein scheinen.

Problematisch wurde es gesehen, daß der Aufruf zur Veranstaltung mit der »anonymen« Bezeichnung »Die Initiatoren der 1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz« unterschrieben war. Nach dem ersten BBP-Artikel und auf die ersten Flyer hin wurde uns dies zurückgemeldet, auch auf der Konferenz kam dies nochmals deutlich zur Sprache. Uns war dies vorab in keiner Weise als mögliches Problem bewußt ge-

worden. Wir hatten uns auf die Themen und die gute Durchführung der Veranstaltung konzentriert und in der Nennung unserer Namen keinen inhaltlichen Beitrag gesehen. Da wir absehbar keine Organisation, Verein oder gar Partei werden wollen und noch nicht wissen, wie sich die Initiative entwickeln wird, würden wir auch bei dieser Unterschrift bleiben.

Die Konferenzbesucher stellen ein sehr informiertes (aus: 15 x Rundfunk und Fernsehen, 10 x traditionelle Zeitungen, 18 x Internet / alternative Medien) Publikum dar, was man in den Gesprächen auf der Konferenz auch gemerkt hat. In den vorgeschlagenen Themen, die die Veranstalter selbst besetzt hatten und am Abend in eigenen Kurzvorträgen vorstellten: »Deutschlands Beitrag zur Befriedung der Welt«, »Wirtschafts- und Finanzsystem und ewiges Wachstum« sowie »Regionale Ver- und Entsorgung«, sind viele Teilnehmer bestens im Bilde. Dies wurde besonders in der zweiten Veranstaltungshälfte deutlich, als an den Thementischen im Saal direkte Gespräche zwischen Teilnehmern und Veranstaltern möglich waren. Die Probleme werden nicht in der x. Variante bejammert, es wird lösungsorientiert gefragt und diskutiert.

Viele Besucher sind schon engagiert und aktiv (10 ehrenamtlich, 1 parteipolitisch). Diese Grundeinstellung zeigte sich auch daran, daß die drei angebotenen offenen Tische spontan durch Teilnehmer zu den Themen »Uranmunition«, »Parteien und Wahlen« sowie »Lokale Energieversorgung in Eberswalde – Wasserkraft am Finowkanal« besetzt wurde, was uns sehr gefreut hat. Mit den Fragebögen sind die vorgeschlagenen Themen wie folgt gewichtet worden: Beiträge zum Weltfrieden (15), Alternativen zum Wirtschaftssystem (11), Regionale Ver- und Entsorgung (11), Direkte Demokratie (10), Alternative Medien (8), Parteien und

## Das Flugzeugunglück am Stößensee

Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestages

Am 6. April jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem die sowjetischen Piloten Hauptmann Boris Wladislawowitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Nikolajewitsch Janow in Berlin Stößensee ums Leben kamen. Als ihre Maschine aufgrund eines technischen Defekts abstürzte, erhielten sie den Befehl, sich zu katapultieren. Sie blieben jedoch am Steuer ihres Flugzeugs, das sie solange in der Luft hielten, bis sie unbesiedeltes Gebiet erreichten.

An diesem Tag, um 13 Uhr, gedenkt die Regionalgruppe Eberswalde der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. auf dem Garnisonfriedhof mit einer Kranzniederlegung der mutigen selbstlosen Tat der beiden. Alle Bürger sind herzlich eingeladen.

Anschließend trifft sich die Regionalgruppe um 14.30 Uhr in der Brunnenstraße, um Rückblick auf das tragische Ereignis zu halten.



WALDEMAR HICKEL  
Vorsitzender der Regionalgruppe der BFG e.V.

Wahlen (7), Justiz – Mollath/GEZ (5). Insgesamt gaben 22 Menschen ihre Kontaktdaten an, um mit uns in Verbindung bleiben zu können und 8 benannten ihre konkreten Fähigkeiten, die sie denken, einbringen zu können.

Wir danken den Teilnehmern dafür, für das konstruktive Kennenlernen und den Applaus an dem Abend sowie für die uns für die Veranstaltung gegebene gute Schulnote (Durchschnitt 1,625) und freuen uns außerordentlich für das dreimalig explizit hinterlassene »DANKE« auf den Fragebögen.

### Wie geht es weiter?

Was haben wir gelernt, wie geht es weiter? Wir sind hochzufrieden, daß wir diese Veranstaltung so durchgeführt haben. Wir sind daran gewachsen und haben gelernt, daß man mit begrenzten Mitteln solche Dinge »einfach machen« kann. Unser Ziel, engagierte Menschen in der Region kennenzulernen, haben wir gut erreicht und gleichzeitig allen ein Forum geboten, sich untereinander zu vernetzen.

Wir werden uns zum einen mit unseren Ideen in den schon bestehenden Gruppen einbringen und den direkten Kontakt suchen. Einzelne Themen, die uns besonders interessieren und auch den Besuchern der Konferenz am Herzen lagen, bspw. mehr direkte Demokratie und Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungsfindungen, werden wir versuchen, durch neue, intelligente Initiativen und Aktionen zu adressieren.

Das durch Spontanapplaus des ganzen Saals in der Veranstaltung besonders gut aufgenommene Thema Familiengarten und seine nicht defizitäre evtl. regional versorgende Nutzung erfährt durch Besuche städtischer Gremien, bspw. der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses der Stadt inzwischen schon unsere Aufmerksamkeit. Hier konnten wir uns für den Anfang schon einige Zahlen zum Betrieb und Unterhalt des Familiengartens besorgen. Obwohl dies ein »großer Brocken« ist und noch keine klaren Pläne und Gedanken dazu auf dem Tisch liegen, konnten wir dabei das Interesse Einzelner am weiteren Erhalt des Familiengartens schon feststellen.

Keinesfalls wollen wir einen neuen Organisations-Wasserkopf der in und um Eberswalde Aktiven bilden, nicht zuletzt weil wir dies gar nicht leisten können. Zur Vertiefung der auf der Konferenz als kleinen Auftakt begonnenen Vernetzung und zur Planung weiterer gemeinsamer Aktionen laden wir jedoch alle, die uns ihre Kontaktdaten gegeben haben, zu einem erweiterten 1.EWFK-Treffen ein. Dies wird am Freitag, den 11. März, abends in Eberswalde stattfinden. Der genaue Veranstaltungsort ist noch in der finalen Abklärung und wird zusammen mit der Zeit als Einladung an die Adressen, die wir haben, verschickt. Wer mit uns vorab dazu noch Verbindung aufnehmen will, kann dies unter unserer email-Adresse [1.EWFK@gmx.de](mailto:1.EWFK@gmx.de) tun. Friedliche Grüße,

Die Initiatoren der  
1. Eberswalder Weltfriedenskonferenz

## Völkerballturnier der Toleranz

**Eberswalde (bbp).** Die Vorbereitungen der »Eberswalder Zonenboys« für das 6. Völkerballturnier der Toleranz am Sonnabend, den 23. April, laufen auf Hochtouren. Nach 5 Jahren in der Sporthalle »Finowtal« des REKI e.V. (vormals SV Medizin) wechselt das Turnier in diesem Jahr in die Sporthalle des SV Motor an der Potsdamer Allee, bleibt damit aber dem Brandenburgischen Viertel als Austragungsort treu. »Wir danken den Sportfreunden vom REKI e.V. für die jahrelange Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, besonders den beiden Hallenwarten Enrico und Lars«, sagt Mirko Wolfgramm vom Zonenboys Eberswalde e.V., deren eigentliches Metier der Beachhandball ist.

Wie im Vorjahr gibt es eine Handball-Mini-Olympiade für die Kinder (0-12 Jahre). Die Zahl der Teams (Frauen, Männer oder Mixed) ist auf 24 begrenzt. Rechtzeitige Anmeldung (<http://voelkerball.zonenboys.org/?m=ausschreibung>) sichert den Startplatz.

Die Anmeldefrist endet am 19. April. Die Startgebühr beträgt 5 Euro pro Spieler. Ein Team besteht aus mindestens sechs und maximal zehn Spielern.



Mit Hilfe der städtischen Referentin für soziale Angelegenheiten Barbara Bunge soll auch mindestens ein »Flüchtlingsteam« das Turnier, das sich die Toleranz auf die Fahnen geschrieben hat, bereichern. Unterstützung erhält die Veranstaltung neben der Stadt auch vom Kreissportbund und weiteren Helfern.

Das Turnier beginnt am 23. April um 9 Uhr. Nach Ende des sportlichen Teils beginnt um 18 Uhr die traditionelle Playersparty. »Wir freuen uns«, so Mirko Wolfgramm, »auf die Teilnahme möglichst vieler Teams aus dem Barnim und dem gesamten Bundesland Brandenburg«.

## Pastlingsee vor dem Austrocknen

Der anerkannte Naturschutzverband Grüne Liga Brandenburg e.V. versucht mit einem Widerspruch gegen eine Genehmigung des Landkreises Spree-Neiße, einen besseren Schutz des austrocknenden Pastlingsees bei Guben durchzusetzen. Der See befindet sich im Grundwasserabsenkungstrichter des Vattenfall-Tagebaues Jänschwalde und wird nach seinem Trockenfallen im vergangenen Sommer künstlich mit Wasser befüllt.

Die Behörden drücken sich davor, der Mitverantwortung des Tagebaues Jänschwalde für die Austrocknung des Sees auf den Grund zu gehen. Zudem wird Wasser mit vierfach zu hohem Phosphatgehalt in den See gelassen. Die schnellstmögliche Nachrüstung einer Phosphatreinigung wurde von Fachleuten gefor-

dert, vom Landkreis aber nicht angeordnet. Eine Phosphatreinigung bedeutet zusätzliche Kosten, die man dem Verursacher nur in Rechnung stellen kann, wenn man ihn überhaupt ermittelt.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß Vattenfall in deren Verkaufsverhandlungen der Rücken frei gehalten werden soll und dafür eine weitere Schädigung des Naturschutzgebietes wissentlich in Kauf genommen wird.

Zudem wurde im Januar bekannt, daß die Wassereinleitung ab Dezember wegen Frostgefahr für mehrere Wochen unterbrochen wurde. Die Verlegung einer frostempfindlichen oberirdischen Leitung hat sich damit als Planungsfehler erwiesen.

HEINZ-HERWIG MASCHER

## Beschäftigungschancen im Kiez

**Eberswalde (bbp).** Im Brandenburgischen Viertel gibt es seit Anfang des Jahres ein neues Projekt, mit dem gesellschaftlich Benachteiligte ihre Chancen für eine lohnabhängige Beschäftigung verbessern können. Das von der Bildungseinrichtung Buckow e.V. getragene Projekt mit dem schlichten Namen »Beschäftigungschancen – im Sozialraum mit den Familien« unterstützt Menschen, die von Alz2 leben müssen, bei ihrer beruflichen Neuorientierung und begleitet den Familienalltag.

»Wir möchten etwas gemeinsam gestalten und die Teilnehmer in eine Beschäftigung oder in Bildungsmaßnahmen integrieren«, sagen die beiden Ansprechpartnerinnen Katja Knöfel (tel. 0174/9955005) und Gabi Melzow (0175/8138117). Hierbei werden die Teilnehmer zwölf Monate lang begleitet. Jene, denen sich keine berufliche Perspektive bietet, begleitet

das Projekt bei der Integration in Sozialraumprojekte oder Ehrenamtstätigkeiten in den Kommunen. Für diese auf 24 Monate angelegte Hilfe kann man sich sofort entscheiden oder nachdem die erste Variante erfolglos blieb. Als weitere Möglichkeit gibt es auch konkrete Hilfe für individuelle Problemlagen.

Neben der Nutzung vorhandener Sozialraumprojekte werden im Rahmen des Projekts auch eigene Initiativen entwickelt, wie ein Generationencafé und ein regelmäßiger offener Treff.

Zu finden ist das Projekt, das aus Mitteln der Europäischen Union und des Landes Brandenburg finanziert wird, in der Spreewaldstraße 20-22. Die Vermittlung in Variante 1 läuft über das Jobcenter, während die Anmeldung zur niederschwelligeren Ehrenamtsvariante direkt bei den Projektbetreuern erfolgen kann.

## Finowkanal-Stammtisch: Geschichten vom Kranbau

Mittwoch, 2. März, 18.30 Uhr

Von seiner Jugend im Kranbau, seiner langjährigen Tätigkeit als Kranbau-Mitarbeiter und den vielen Veränderungen, die die Zeiten mit sich brachten, berichtet uns diesmal KLAUS KIESELBACH. Seine Bilder illustrieren die wechselvolle Geschichte des Unternehmens, das seit dem Jahr 1902 die einstige Bedeutung Eberswaldes als Industriestandort erheblich mit begründete.

Hier wurden nicht nur Diesellokomotiven gebaut und das Doppelkupplungsgetriebe erfunden (heute in vielen PKW verwendet); am besten bekannt ist wohl der hier entwickelte, gebaute und weltweit im Einsatz befindliche »Portalwipppdrehkran«, von dem ein Exemplar noch heute als Wahrzeichen das Familiengarten-Gelände ziert. Auch am Bau des Schiffsheberwerks war das Werk beteiligt.

Finster ist nicht nur ein Teil der Geschichte der Ardel-Werke und ihrer Rüstungsproduktion mit Zwangsarbeitern; zu den düsteren Relikten der Vergangenheit zählen auch die unterirdischen Produktionsstätten und Bunker, deren Eingänge und Aufzugsanlagen dem aufmerksamen Beobachter auch heute noch manche Geschichten erzählen.

Veranstaltungsraum ist die Kantine im Erdgeschoß des Verwaltungsgebäudes der Kirow-Ardelt GmbH in der Heegermühler Straße 64 (durch den Torbogen, dann links).

ATTILA PASZTOR und  
Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

## Jahresplaner 2016

### Ferienfahrten und Veranstaltungen

Im Postkartenformat kommt er nun in die Hände oder als Datei auf die Rechner von Kindern und Jugendlichen, Eltern und anderen interessierten Menschen. Der Jahresplaner 2016 der Evangelischen Jugendarbeit Barnim informiert zu Ferienfahrten und Ausflügen, Workshops und Aktionen für Kinder und Jugendliche sowie auch über Qualifizierungen für Ehrenamtliche.

Die Veranstaltungen und Fahrten ermöglichen Abwechslung und Spaß, aktive Erholung und Horizonterweiterung, soziale und politische Besinnung und Bildung. Die günstigen Teilnahmebeiträge werden ermöglicht durch kommunale, kirchliche und andere Förderung. Rechtzeitiges Informieren und Anmelden lohnt sich, besonders die Ferienfahrten sind rasch ausgebucht.

Die Jahresplaner 2016 gibt es kostenlos in den Evangelischen Kirchengemeinden sowie in Eberswalde im Jugendtreff Wolke6, Kirchstraße 6, in Bernau im Jugendtreff Offene Hütte Kirchplatz 10 oder als Datei per Mail (unter [kjw-bernaue@web.de](mailto:kjw-bernaue@web.de)).

DIETER GADISCHKE

## Industrie-Museum Finowtal

**Betrachtet man die historische Entwicklung der Stadt Eberswalde, so fällt schnell auf, daß die Industrialisierung und der Aufstieg unserer Stadt unmittelbar mit der Geschichte des Finowkanals zusammenhängen. Ohne Finowkanal hätte es Eberswalde als Industriestandort nicht gegeben. Folglich läßt sich feststellen, daß auch der Erhalt des industriehistorischen Erbes unmittelbar mit dem Finowkanal zusammenhängt.**

Viele Versuche, die beiden Komponenten zusammenzubringen, scheiterten bisher. Als bestes Beispiel wäre hier die Landesgartenschau bzw. der daraus entstandene Familiengarten zu erwähnen, der zwar Unsummen verschlang und verschlingt, aber kaum etwas für einen durch Tourismus bedingten Aufschwung in der Region beitrug – von dem halben Jahr Gartenschau vielleicht abgesehen. Auch eines der neueren Projekte, die Badeanstalt, scheint sich als Totgeburt herauszustellen. Meines Wissens sollte das Projekt in diesem Jahr fertiggestellt sein. Egal wie wir die Dinge drehen und wenden, wichtig ist, daß in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht wieder Unsummen an Fördergeldern verpuffen und sich in der Folge als Sargnagel für die Region mit ihren ohnehin knappen Kassen erweisen.

Problematisch ist hier auch die große Anzahl von Organisationen, welche für den Erhalt des »Märkischen Wuppertals« eintreten. Jeder ist da – wie so oft in unserer Region – dabei, seine eigenen Brötchen zu backen und das, obwohl eigentlich alle im selben Boot sitzen. Da gibt es die Flößer in Finowfurt, das Geschichtswissenschaftliche Institut, das sich auch um die historische Aufarbeitung der Industrie kümmert, die »Unser Finowkanal«-Leute sowie eine Gruppe, die sich der Geschichte beider Oder-Havel-Wasserstraßen annimmt. Weiterhin gibt es die Papiermacher und die Gruppe, die sich um die Messingwerkgeschichte kümmert.

Vor der Entwicklung neuer Konzepte sollte meines Erachtens die Zusammenführung aller Gruppen im Vordergrund stehen. Allein und selbständig weiterkämpfend werden sich alle genannten und auch alle ungenannten Gruppen früher oder später in Wohlgefallen auflösen.

### Tourismus-Forum

**Eberswalde (prest-ew).** Zu einem Tourismus-Forum »Industriekultur im Finowtal« lädt das Amt für Wirtschaftsförderung und Tourismus am 3. März um 17 Uhr ins Tourismuszentrum im Familiengarten Eberswalde ein. Vorgestellt wird ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Eberswalde, der KAG Region Finowkanal, des Vereins »Unser Finowkanal e.V.« und der Gemeinde Schorfheide. Um die Zeugnisse der Industriekultur touristisch erlebbar zu machen, wurden Informationstafeln zu den Denkmälern erarbeitet.



Ein Mitarbeiter des Papiermuseums erklärt einem Besucher die Kegelstiftmühle, die von der Fa. Voith GmbH gespendet wurde.

sen, da weder die personellen noch die finanziellen Ressourcen der Kleingruppen ausreichen wird, um alle Projekte in den nächsten Jahren am Leben zu halten.

Als eine Lösungsmöglichkeit sehe ich hier die Einrichtung eines allumfassenden »Industrie-Museums Finowtal«. Sollten sich alle Institutionen zusammenfinden und an einem Strang ziehen, sinken Verwaltungs- und Unterhaltskosten. Ein großes Museum wäre möglicherweise sogar imstande, Mitarbeiter zu finanzieren und somit die viel geforderten Tourismus-Arbeitsplätze zu schaffen.

Mit ihrer bisherigen Einzelkämpfermentalität werden die einzelnen Gruppen hingegen niemals zu einer finanziellen Absicherung ihrer Projekte kommen, ganz zu schweigen von Arbeitsplätzen. Daher werden sich Träume von einem »Industrielehrpfad« mit X kleinen selbständigen Museen nie realisieren lassen.

Die Wahrung des historischen Erbes an den ehemaligen Industriestandorten ist meines Erachtens nur mittels Hinweistafeln und einzelnen Denkmälern möglich. Denn der Erhalt aller Industrieruinen wird früher oder später finanziell nicht mehr möglich sein.

Aktuell wird für den Weiterbetrieb des Familiengartens nach Ende der Bindungsfristen der Fördermittel für die Landesgartenschau ein neues Konzept erarbeitet. Hier möchte ich an die Positionen der Alternativen Liste Eberswalde (ALE) zur Kommunalwahl 2014 erinnern. Damals hatten wir uns auch die Bildung eines solchen übergreifenden »Industrie-Museums Finowtal« auf die Fahnen geschrieben. Als ALE sehen wir das neue Familiengartenkonzept als Chance, unsere Ideen für den Erhalt des industriehistorischen Erbes im Finowtal praktisch einzubringen.

MIRKO WOLFGAMM

## Verschiednerlei Begegnungen

Ich gestehe: Ich mag es nicht, wenn mich Landsleute im Ausland nur mal so anquatseln, nur weil sie ein deutsches Autokennzeichen erkannt haben. Meist handelt es sich um Leute, die einen kumpelhaft duzen. »*Wat machst du denn hier, eh?*« In selbstkritischen Minuten werfe ich mir dann Arroganz vor, und ich male mir Situationen aus, in denen mir – etwa bei einer Panne – es sehr angenehm wär, käm ein deutscher KFZ-Schlosser des Wegs und böte mir Hilfe an. Aber im großen und ganzen will ich in der Fremde in vollen und prallen Emotionen die neue Welt erfahren und dabei nicht gestört werden von deutschen Mitmenschen, die gierig auf eine spezielle Verbrüderung aus sind, was, paßt man nicht auf, beim Adressentausch endet. Hinzu, ich beichte auch das, kommt eine Art neidhafter Mißgunst, wenn irgendwo ganz weit hinterm Polarkreis auf dem einzigen Parkplatz der Tundra ein Wohnwagen aus Wanne-Eickel steht, da man doch meinte, nur Rentieren und Polarfüchsen zu begegnen. Und nun war schon ein Konkurrent da, der die gesuchte Einsamkeit entweichte...

Ganz anders ist es, wenn ein Bürger oder eine In des »*Gastlandes*« ein Gespräch suchen und was wissen oder mitteilen will. Da wird man klüger, weil man Näheres über hiesige Besonderheiten und Sehenswertes erfährt, das nicht im Reiseführer steht, und unausbleiblich auch etwas hört über Deutschland im Blick von draußen.

Auch schöne kleine Zufälle sind möglich. Als wir vor Jahren am finnischen Ufer des Torne-Älvs entlangtrödelten, liefen uns plötzlich eine ältere Dame und ein älterer Herr heftig winkend hinterher. Wir hätten die im Herbst des Lebens befindlichen, vermeintlichen Tramper sofort mitgenommen – nur hatten beide einen ganz anderen Wunsch. Sie erklärten uns in klarstem Deutsch, daß auf dieser kaum befahrenen Nebenstrecke fast nie ein deutsches Auto vorbeikäm, und sie hätten lange nicht mehr mit Deutschen gesprochen in der Muttersprache der Frau. Er war Pastor und hatte sich in das junge Mädchen aus Lemgo während seines Studiums »*auf das Heftigste*« {wörtlich} verliebt. Und als sie sich nicht sträubte, mit ihm die Pfarrei ganz hinten in Skandinavien zu übernehmen, war ihm bewußt geworden, daß sie ihn »*mehr als nur mochte*«. Wörtlich. Nun lebten sie über vierzig Jahre im Land der langen Winter und kommen nur noch selten nach Deutschland, nach Lemgo, wo der Sohn als Stadtpfarrer dem Herrn dient. Nun aber, der kleine schöne Zufall, wohnt einer unserer engeren Freunde in eben diesem Lemgo. Und wir sehen uns des Öfteren. Natürlich trugen sie uns Grüße an den Sohn auf, und als wir die

überbrachten, stellte sich heraus, daß der Freundessohn Ulrich vom Sohn der beiden konfirmiert worden war...

Am Hornbogensee im südlichen Schweden sammeln sich im März bis zu 20.000 Kraniche zur letzten Rast, bevor sie sich auf ihre Brutreviere im Norden verteilen. Diese Vollversammlung ist von einer Aussichtsplattform gut zu beobachten und zieht Ornithologen und andere einschlägig Interessierte magisch an. Dort war eine Dame auf unser Nummernschild aufmerksam geworden und hob zu einer langen Lobrede auf Dresden an, als wir eigentlich weiterfahren wollten. Die freundlichen Menschen, die Elbbrücken, die Gemäldesammlungen, die vielen Wurstsorten, das ungesüßte Brot, die weißen Dampfer – das alles und noch viel mehr kam in ihrem Hohelied vor; allenfalls die Parkgebühren und die beschmierten Fassaden vieler Gebäude hätten sie ein bißchen verärgert, aber nichts daran geändert, daß sie ein Fan der Stadt geworden sei. Und, unerlog, sie gratulierte uns zum Glück, da wohnen zu können. Vor einem Jahr hatte sie per Reisebus die Stadt besucht, aber das sei nicht das letzte Mal gewesen.

Als wir uns verabschiedeten, sah sie mein Angelzeug auf den Rücksitzen und nannte uns einen See mit »*vielen Hechten*«, gleich hinter den nächsten sieben Hügeln. Dieser Tip war ein Treffer; stücker drei Dreikilohechte in einer Stunde, Petri Dank.

Erst ein paar Wochen ist es her, als wir im österreichischen Weinviertel auf den Spuren des Gendarmen Polt aus Komareks Kriminalromanen unterwegs waren und in der Kleinstadt Pulkau anhielten. Einer feinen bösen Idee wegen, deren Endprodukt das Gebäude der örtlichen Sparkasse (!) zierte. In gewaltigem Format hatte man anlässlich Halloweens eine Vampirgestalt über das ganze große Geldinstitut gestülpt. Unter den amüsierten Betrachtern ein älterer Mann, der unser Auto umkreiste und dann zwei Fragen stellte. »*Sie kommen aus Dresden?*« »*Ja.*« »*Gehören Sie auch zu Pegida?*« Wir verneinten heftig. Und kamen mit ihm in ein langes Gespräch. Er hatte bis in die 50er Jahre in der Dresdner Neustadt gewohnt, war mit seiner Mutter westwärts gegangen, hatte eine Wienerin geheiratet und in Österreich als Kleinunternehmer sicher gutes Geld verdient – sein Porsche stand neben unserem vergleichsweise biederen Skoda. Zwei Sätze, die er zum Ende unseres Dialogs äußerte, hatten es in sich. »*Früher habe ich gern damit angeben, aus einer der schönsten Städte Deutschlands zu kommen, aber das habe ich mir abgewöhnt*« und »*Passen Sie schön auf Dresden auf...*«

Wir kamen montags gegen Abend in der Stadt an. Da »*spazierten*« sie schon wieder. Einem Manne nach, der sich gelegentlich mit Hitlerbärtchen und schräger Haarsträhne fotografieren läßt,... Zum Gruseln.

Dr. STEFFEN PELTSCH

## Der ewige Unrechtsstaat

Herbert Köfer spricht vielen ehemaligen DDR-Bürgern aus dem Herzen, wenn er zum Ausdruck bringt, daß es ihm in der DDR gut ging und er zufrieden war. Die meisten haben ihre guten Erinnerungen.

Dennoch – oder gerade deswegen – hört das Gerede vom Unrechtsstaat nicht auf, mit der Gauck'schen Reduktion der DDR auf »*Stasi*« und »*Mauertote*«. Es sollte nicht vergessen werden, daß die 137 Menschen, die beim illegalen Grenzübertritt ihr Leben ließen, das Risiko kannten, auf das sie sich einließen. Ihnen stehen hunderte Opfer gegenüber, von denen niemand spricht. Jene, die sich in den vergangenen 25 Jahren aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen das Leben nahmen.

Das Gerede vom Unrechtsstaat DDR dient vor allem dazu, von den Gebrechen des jetzigen Systems abzulenken, in dem Millionen Menschen der Armut und dem diskriminierenden Hartz-IV-System preisgegeben sind, weitere Aber-Millionen durch die Armutsdrohung dazu gebracht werden, ohne zu murren zunehmenden Arbeitsstreß bei gleichzeitiger Lohnrückerei zu akzeptieren. Und es soll ablenken davon, daß die Bundeswehr in aller Welt unterwegs ist, bei den imperialen Weltordnungskriegen der USA mitmischen will, um deutsche Kapitalinteressen durchzusetzen. Jetzt steht die NATO gar schon an den Grenzen Rußlands.

Die Unzufriedenheit der Menschen wächst. Aber die Hetze gegen die DDR trägt Früchte, so daß die Unzufriedenen wie schon mal vor 80 Jahren in Massen den rechten Rattenfängern nachlaufen. Die DDR war die Alternative, die erst zum Tragen kam, als alles in Schutt und Asche lag. Dazu darf es nicht noch einmal kommen. Knüpfen wir daher an die positiven Erfahrungen an, die wir in und mit der DDR gemacht haben. Und lernen wir aus den Fehlern. Nutzen wir die Erfahrungen, die guten wie die schlechten, um nicht weiter bis in die Barbarei zu schlittern. Die einzige Alternative bleibt, nach dem ersten Sozialismusversuch in der DDR nun einen zweiten Anlauf zu wagen, diesmal in ganz Deutschland und ganz Europa.

NORBERT GLASKE

## Einladung

Am 5. März laden die Landesleitung und die Regionalorganisation Barnim/Märkisch-Oderland der Kommunistischen Partei Deutschlands anlässlich des Internationalen Frauentags zu einem Gespräch zu Fragen der Gegenwart und anderen Themen in das Palmencafé in Altenhof (Adolf-August-Str. 1) ein. Die Zusammenkunft beginnt um 10 Uhr.

Wir wünschen uns mit Ihnen interessante, unterhaltsame und erkenntnisreiche Stunden. Wegen der notwendigen Vorbereitungen wird eine Anmeldung erbeten (Tel: 033363/4324 oder 03375/5255492).

KLAUS WEBER und KARL-HEINZ BLÄTTERMANN

### Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

## Theoriezeitschrift Streifzüge: Lagerreduktion

In zwanzig Jahren sammelt sich schon ordentlich was an. Was meint: Unsere Speicher sind ziemlich voll und die meisten alten Printausgaben sind noch immer erhältlich. Wir haben uns daher entschlossen, befristet bis Ende März, unsere Bestände zu lichten und bieten daher folgendes an:

**Repariert nicht,  
was euch  
kaputt macht!**

€ 5,- pro Jahrgang (lieferbar sind die Jahrgänge 2002 bis 2015); € 12,- für drei Jahrgänge nach Wahl; € 25,- für sieben Jahrgänge nach Wahl; € 8,- für 6 Stück nach Wahl; € 14,- für 12 Stück nach Wahl;

**Angebote:** für 11 € Streifzüge Jg. 2013-2015, das sind 9 Ausgaben; für 18 €: Streifzüge Jg. 2010-2015, das sind 18 Ausgaben; für 26 €: Streifzüge Jg. 2006 bis inklusive 2015, das sind 30 Ausgaben; für 33 €: Alle lieferbaren Ausgaben der Streifzüge von 1996 bis inklusive 2015

Das Gesamtverzeichnis lieferbarer Hefte auf: [www.streifzuege.org/lieferbare-hefte](http://www.streifzuege.org/lieferbare-hefte). Die Bestände sind nur gegen Vorkassa erhältlich und werden Ende März versandt. Überweisungen der entsprechenden Summe samt Vermerk bitte an: Kritischer Kreis, BIC: OPSK ATWW, IBAN: AT 87 6000 0000 9303 8948.

Für sonstige Extrawürstchen sind wir ebenfalls zu haben. Auch wenn jemand seine oder ihre Sammlung ergänzen will.

FRANZ SCHANDL

## Verbrecherisch angehäuftes Geld Immer wieder eine Frage

Der Papst Franziskus ist doch eine wichtige Persönlichkeit, der besonders bei armen Menschen Anerkennung findet. Wenn er öffentlich sagte, daß er gegen das verbrecherische Anhäufen von Geld ist, trifft er voll ins Schwarze!

Wieviel von dem angehäuften Geld stammt aus Eroberungskriegen, Raub, Betrug, Menschenhandel, Verbrechen, Drogen und Waffenhandel, Ausbeutung von Menschen und Natur. Da kann man das Geld arbeiten lassen und das tut es Tag und Nacht

Das Geld aus der Lohntüte oder das vom Hartz IV Betroffenen ist zu schwach zum arbeiten, ich habe auch stets für mein Geld arbeiten müssen und nie umgekehrt.

Die lohnabhängigen Bürger sind froh, wenn sie für ihre Bestattung etwas auf die Seite legen können und die Kinder sind glücklich, wenn keine Schulden hinterlassen wurden.

Wenn das verbrecherisch angehäuften Geld der Reichen in Form von Goldbarren hochgestapelt würde, dann erschienen die Alpen dagegen wie eine Hügelandschaft.

Nur unter einem kapitalistischen System sind solche krassen Unterschiede möglich. Einerseits ein Leben im Überfluß und in der Unterklasse verhungerte Kinder!

Es ist höchste Zeit, diese Entwicklung zu stoppen!

ELISABETH MONSIG  
(Die rote Oma)

[www.barnimer-buergerpost.de](http://www.barnimer-buergerpost.de)

## Frauentags Lesung

Dienstag, 8. März, 19 Uhr

»Ist das Liebe oder kann der weg?«

Anke Malberg liest aus ihrem Buch in der Buchhandlung Mahler, Eisenbahnstr. 2a, 16225 Eberswalde.

## Rotfuchs-Treffen

**Eberswalde (bbp).** Die Eberswalder Leserguppe der Zeitschrift »Rotfuchs« trifft sich am 7. März um 16 Uhr im BBZ »Amadeu Antonio« (Raum 2.25) in der Puschkinstraße 13. Höhepunkt ist der Augenzeugenbericht von Liane Kielitsch über ihren Besuch in der Ost-Ukraine und die Vorstellung eines Solidaritätsprojektes durch Liane Kielitsch. Alternativ wird der Film »Todesstaub« zum Thema Uran gezeigt, eine erschütternde, ungläubliche aber wahre Geschichte aus der Jetzt-Zeit.

Zuvor werden Georg Schulze und Helmut Braunschweig an die Gründung der FDJ vor 70 Jahren bzw. die Gründung der NVA vor 60 Jahren erinnern. Bereits um 15 Uhr, vor der öffentlichen Veranstaltung, kommt die Leitung der Leserguppe zusammen und verständigt sich u.a. über die Ergebnisse der 1. Weltfriedenskonferenz vom 5. Februar sowie über die Planungen zum 1. Mai und zum »Friedensmai« am 20. bis 22. Mai in Britz.

## Leipziger Buchmesse

Sonntag, 20. März, 6 Uhr:

Tauchen Sie mit uns ein in die Welt der Bücher. Wir fahren mit Ihnen zur Messe. Im Preis von 57 € sind Fahrt, Frühstück, Eintritt enthalten.

Das Team der Buchhandlung Mahler  
(Eisenbahnstr. 2, 16225 Eberswalde)

## impresum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**redaktion:** Gerd Markmann

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 24. Februar 2016

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30. März 2016.

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an:** Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)